



Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungsbestellung und zu allen Zeitungen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich 10 Pfennig 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Briefporto) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Herausgeber: 17259 / Postcheckkonto: Dresden Nr. 18690. Dresdner Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Bericht: Amt Dresden Nr. 17259 / Druckstätte: Arbeiter-Zeitung Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentage 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Umsatzgebiet: Die neurom geplante Monopoleielle ist der Raum 0,55 KM. für Familienangehörige 0,20 KM. für die Bevölkerung einschließlich an den beschäftigten Teil einer Zeitung 1,50 KM. Umsatz-Zahlung wöchentlich bis 9 Uhr vor mittags in der Expedition Dresden-21, Güterbahnhofstraße 2 / Die "Arbeiter-Zeitung" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bedarf besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zuverzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 8. Februar 1928

Nummer 33

Die Generalaussperrung aller Metallarbeiter geplant!

Die Metallindustriellen beschließen „Solidaritäts“-Aussperrung — Gefährliche Inaktivität der Verbandsführer!

Berlin, 8. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Der erweiterte Vorstand des Gesamtverbandes Deutscher Metallarbeiter hat in seiner gestrigen Sitzung einstimmig beschlossen:

1. die mitteldeutsche Gruppe mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen;
2. zu diesem Zweck die vorhandenen Fonds durch eine das ganze Reich umfassende Geldumlage zu verstärken;
3. zur Unterstützung der mitteldeutschen Gruppe zur gegebenen Zeit zu der Gesamtaussperrung aller Metallarbeiter in den dem Gesamtverband Deutscher Metallarbeiter angehörenden Betrieben zu scheitern;
4. eine Kommission von 12 Industriellen aus allen Teilen des Reiches einzusetzen, die mit der Durchführung der beschlossenen Maßnahmen beauftragt und mit allen Vollmachten ausgestattet ist.

Heute finden im Reichsarbeitsministerium erneut Verhandlungen über den mitteldeutschen Metallarbeiterkampf statt. Es wäre falsch, den provozierenden Beschluss der Industriellen nur als einen Druckmittel für die Schlichtungsverhandlungen, als einen Schreckschuß gegen die Metallarbeiter zu betrachten. Die mit allen Vollmachten ausgestattete Zwölferkommission wurde eingesetzt, um den fertigen Beschluss in die Tat umzusetzen. Jeder Arbeiter ist jetzt klar, daß der mitteldeutsche Metallarbeiterkampf eine riesige Bedeutung für das ganze Reich hat, und nur ein Vorbispiel für den kommenden Kampf, besonders für den Bergarbeiterkampf ist.

Angesichts des planmäßigen Vorgehens der Unternehmer steht die Frage: Wo sind die Weichen aller Bezirksleitungen, des Hauptvorstandes des DMT und des ADGB, vom ganzen Reich aus die mitteldeutschen Metallarbeiter finanziell zu unterstützen, ebenso wie es die Unternehmer machen, auf die laufenden Hungertarife und Schiedssprüche zu pfeifen, auf die Generalaussperrung mit der Erweiterung des Kampfes auf die ganze deutsche Metallindustrie und die Verbreiterung des Kampfes um zwischentarifliche Lohnerschöpfung und Verkürzung der Arbeitszeit in allen anderen wichtigsten Industriegruppen zu antworten?

Statt den Kampf gegen die Unternehmer zu organisieren, heben die Reformisten Schamsen gegen die Kommunisten. Statt die hungrgenden Metallarbeiter zu unterstützen, beschließt der DMT-Vorstand, daß unorganisierte Kollegen keine Unterstützung erhalten sollen, daß die DMG-Mitglieder, die nicht 13 Wochen organisiert sind, nicht von der 5. Woche an Unterstützung erhalten. Statt den Verband zu stärken, drohen die Reformisten mit Massenausschlüssen klassenbewußter Verbandsmitglieder, jenseits der Hebe gegen das selbstlose Hilfswerk der Internationalen Arbeiterhilfe und gegen kommunale Unterstützungen fort.

Trotz der brutalen Kampfbeschlüsse der Industriellen wagt es der Vorwärts, den Metallarbeitern vorzuhören, daß die Unternehmer „am Ende ihres Lateins“ seien, jammert er, daß die Unternehmer durch den obigen Beschluss „klappern die deutsche Metallindustrie schädigen“, betteilt er um „Eniggekommen“ bei den Schlichtungsverhandlungen und um das „Zugeständnis einer annehmbaren (?) Lohnaufsättigung“ und hat seit Tagen die Forderung der mitteldeutschen Metallarbeiter auf 15 Pfennig Lohnerschöpfung pro Stunde schon fallen gelassen.

Die reformistischen Niederlagestrategen wollen also jedem ernsthaften Kampf ausweichen und wie beim Kampf der mitteldeutschen Eisenbahnarbeiter und Bergarbeiter, der deutschen Tabakarbeiter und Metallarbeiter der nordwestlichen Gruppe auch die mitteldeutschen Metallarbeiter wieder in eine Niederlage hineinführen. Sie wollen zwangsläufig die Aufrüstung der politischen Machtfrage verhindern, um die preußischen Ministerkessel und den Weg in die Reichskoalitionsregierung für die SPD zu sichern. Die mitteldeutschen Metallarbeiter aber haben das größte Interesse daran, den Lohnkampf mit dem Kampf der Hüttendarbeiter gegen den selbst von einem bürgerlichen Arbeitsgericht für ungültig erklärt Schiedsspruch und für den zentralen Arbeitstag zu verbinden. Das Lebensinteresse der ganzen deutschen Arbeiterklasse erfordert nicht nur den Kampf um zwischentarifliche Lohnerschöpfung, gegen die Sonntagsarbeit und für die 48-Stunden-Woche, sondern zugleich den rücksichtslosen politischen Kampf gegen alle Schiedssprüche der Bürgerblödregierung und des Bürgerblödreichstags.

So kann und darf für das mitteldeutsche u. deutsche Proletariat kein Zurückweichen geben. Die Hüttendarbeiter in ganz Deutschland müssen die Ungültigkeit des Schiedsspruches dadurch erreichen, daß sie jegliche Sonntagsarbeit verweigern, nach 8 Stunden den Betrieb verlassen und die reformistischen Pläne auf Herstellung des „Wirtschaftsfriedens“ zunächst machen. Für die mitteldeutschen Metallarbeiter aber heißt es angesichts der frechen Unternehmervorstoße:

Breiterung und Steigerung des Kampfes!

Gegen die reformistischen Schiedsspruchversuche mit Hilfe des Schlichtungszwanges — Festhalten an der Forderung nach 15 Pfennig Lohnerschöpfung und einmonatiger Ründigungstriß des Tarifvertrages!

Schärfster Kampf gegen die Unternehmer und die Bürgerblödregierung!

Arbeiter fordern Kampf-erweiterung!

Wittenberg, 8. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Eine Mitgliederversammlung der Kupferschmiede hat nach gründlicher und sachlicher Ausprache über den mitteldeutschen Metallarbeiterstreit, an der sich sämtliche Redner für die regelmäßige Durchführung des Kampfes einsetzen, folgende Resolution beschlossen:

„Die im Gewerkschaftshaus Wittenberg stattfindende Mitgliederversammlung der Kupferschmiede Wittenbergs spricht ihren kämpfenden Brüdern ihre volle Sympathie aus und gelobt, den Kampf mit allen Mitteln zum Siege zu verhelfen. Gehrige Kampfsextension muß das Gebot der Stunde sein. Dann und nur dann ist der Sieg sicher.“

Bauernfang — Hilfe für die Großagrarier

Die sächsischen Schildknappen schreien

Von Rudolf Rennet, M. d. Q.

Seit einiger Zeit, im besonderen seit in Dresden und Berlin die „Grünen Woche“ abgerollt, kommt die Bauernfrage in den bürgerlichen Zeitungen aller Schattierungen nicht mehr zur Ruhe. Die Seiten der Zeitungen liegen über von Schilde rungen der Notlage der Bauern. Es geht dabei um zwei Fragen. Die Großagrarier wollen weitere und neue Millionengeschenke vom Reich, sie wollen Erhöhung der Zölle, Sperrte gegen die Einfuhr ausländischer Lebensmittel und Erhöhung der Agrarpreise. Dann als zweites gilt die Aufmachung dem Kleinbauernfang. Die kleinen Bauern sollen weiter an den Landbund, an die Deutschnationalen getestet werden. Im Grunde genommen ist der ganze Aufzug, der sich so sehr kleinbauernfreudlich gestaltet, gegen die kleinen Bauern gerichtet. Die Geldverknappung, der hohe Zinsenbelast, drückende Steuerlasten und starke Verpflichtung machen die Lage der Kleinbauern immer unerträglicher. An eine Besserung dieser Lage ist unter den gegenwärtigen, den kapitalistischen Verhältnissen nicht zu denken. Seit Jahren schleppen die Großagrarier die Kleinbauern von einer „Grünen Woche“ zur anderen, Versprechungen, die nie erfüllt werden, Versicherungen auf Besserung und Appell an das nationale Gefühl, das ist, was die großagraristischen Anhänger dieses jährling wiederkehrenden Nummels den Kleinbauern zu geben vermögen. Man erinnert nämlich an die Vergangenheit, läßt August und die Prinzen hochleben. Positive Verschläge, willkürliche Hilfe für die Kleinbauern vermag man auf diesen „Grünen Woche“ nicht zu geben. Die Kunst aber, die Kleinbauern mit Versprechungen zu trösten, wird immer schwieriger. Schon zu der jetzt vergangenen jährl. „Grünen Woche“ war es den Großagrarier schwer, den Kleinbauern neue Versprechungen vorzutragen. Die Propaganda des Bundes der Schaffenden Landwirte durchkreuzt die heuchlerischen Manöver des Landbundes und zeigt den Bauern konkret, wie die Dinge stehen. So sieht denn der Vorstand des Landbundes, Guischesiger Vogttag, zu Anfang seiner Begrüßung den Seufzer aus, daß man sich fragen müsse, ob es sich überhaupt noch lohne, „Grüne Woche“ aufzuziehen. Die Großagrarier wollen ihre Betriebe retten, sie wollen eine Nationalisierung, eine Intensivierung der landwirtschaftlichen Betriebe. Eine solche Maßnahme kann aber nur durchgeführt werden gegen den Willen und die Interessen der kleinen Bauern. Sie muß den kleinen Landbesitz vernichten. Ein offenes Vorgehen der mit den Großindustriellen verschwägerten Großgrundbesitzer würde den gewaltigen Widerstand, ja die Erhebung der Kleinbauern zur Folge haben. Deswegen geben die Anhänger sehr vorsichtig zu Werke. Sie bemühen sich vor allen Dingen, bei den kleinen und mittleren Bauern jeden Gedanken daran, daß deren Interessen im Widerspruch mit den Interessen der Großgrundbesitzer stehen könnten, zu verhindern. Dafür bestrebt man eine Hebe gegen die Arbeiter, die den Kleinbauern von seiner eigenen Lage ablenken soll. Die wesentlichen, gerade die kleinen Bauern betreffenden Angelegenheiten werden nicht berührt. Vorsichtig spricht man von der Notwendigkeit, daß die Landwirtschaft sich dem Fortschritt der Technik, der Nationalisierung und der Versachlichung anpassen müsse, ohne daraus die Schlußfolgerungen den Bauern zu erklären. Man läßt die Bauern über ihr künftiges Geschick im Unklaren und Dunklen tapfern. Auf der Dresdner

Stillegungsfeldzug gegen die Proleten

Eilenburg, 8. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Planofensfabrik von Zimmermann in Eilenburg plant die Brotofenschmiede von etwa 700 Arbeitern. Sie hat bereits den Stilllegungsantrag gestellt. Als die bürgerliche Presse die beschäftigte Stilllegung erfuhr, versuchte sie, diese Stilllegung und Brotofenschmiede von etwa 700 Arbeitern als wenig bedeutungsvoll hinzustellen, mußte aber zugaben, daß die Rümdigungen nicht zurückgenommen und die Arbeiter in 14 Tagen auf der Straße liegen werden.

Genossenschaftshilfe für die Streiter

Halle, 8. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Unterstützungsaktion für die streitenden Metallarbeiter wird immer stärker. Der Beirat der Konsumgenossenschaft Halle hat in seiner letzten Sitzung auf Beschluß der Belegschaft beschlossen, zu der bereits abgeführten leichten Rate von zweimal 250 Mark weitere 1000 Mark zu bewilligen, die durch die Belegschaft aufgebracht werden.

Die kommunistische Genossenschaftsaktion hat gleichfalls beschlossen, aus ihrer Fraktionskasse 1000 Mark an die ZSG zur Unterstützung des Metallarbeiter abzuziehen.

Der Aufschwung und der Vorstand der Konsumgenossenschaft beschloß, die bisher erfolgte Verteilung der Streitenden mit einem Pro Kopf möglichst während des ganzen Streites fortzusetzen. Es kommen hierzu rund 1000 Streitende in Frage.

Bauernfang — Hilfe für die Großagrarier

Die sächsischen Schildknappen schreien

„Grünen Woche“ erklärte Dr. Stapel, daß der Anpassungsvorgang kein Auflösungsvorgang sein dürfe. Wo aber der Anpassungsvorgang zu einem Auflösungsvorgang wird, werden mich verzweigt Dr. Stapel vorsichtig. Einmal öffnet wird im Dresdner Anzeiger vom Dienstag schon Dr. Leibrock. Auch er bemüht sich vorsichtig, kleine entscheidende Konsequenzen zu ziehen. Als Schlussfolgerung eines langen Artikels, in dem er sich mit der Lage der Landwirtschaft und Vorstufen zur Hebung derselben beschäftigt, erklärt Dr. Leibrock, daß durch exakte Kostabschätzung, weitere Zusammenhang, Schließung von Interessengemeinschaften bessere Erfolge erzielt werden können. Nationalisierung ist also das große Problem.

Die Dresdner Nachrichten von heute bringen auch wieder einen langen Artikel über die Not der Landwirte. Den Untergang der deutschen Bauern verkünden sie, drohend sei der Tod der ganzen Reichen. Man muß dieser ganzen Propaganda einige Aufmerksamkeit schenken, man muß aber gleichzeitig aufzeigen, was ist. Der Ruf der Agrarier ist der Schrei nach Geld, nach Darlehen, nach Staatssubventionen. Wem aber kann die Reiche- und Staatssubventionen blöher zugute? Nur oder doch fast ausschließlich den Großagrarier. So soll das auch in Zukunft weitergehen. Im Prozeß der allgemeinen Nationalisierung muß die Agrarwirtschaft natürlich mit, oder sie geht zugrunde. Wenn dieser Schritt vollzogen wird, dann kann er notzogen werden, wie in der Industrie, auf Kosten der kleinen Landwirte.

Die von Dr. Leibrock angekündigte notwendige Nationalisierung wird, falls sie durch die Großagrarier und unter deren Führung erfolgt, unter Benutzung der Staats- resp. Reichssubventionen zur Rentabilität des Großgrundbesitzes erfolgen. Sie wird dabei zu einem Zug gegen die Kleinbauern, weil einmal der Großagrarier dann ein starker Konkurrent der kleinen Bauern wird, andererseits aber die Notwendigkeit, mehr Land in eine Hand zu vereinigen, den Bestand der Kleinbauern stark dezimieren wird.

Die deutsche Bourgeoisie und ebenfalls die Großagrarier sind sich vollständig darüber klar, daß die Ziele des neu-deutschen Imperialismus auch eine Intensivierung und Nationalisierung der Landwirtschaft erfordern. Die Lebensmittelpreise dürfen nicht ins Ungemessen steigen, diese Steigerungen führen leicht zu schweren Lohnkämpfen. Nicht nur daß die in Deutschland erstellten Agrarprodukte zur Ernährung nicht ausreichen, fördert die Einfuhr, sondern auch das Streben der Industriellen, eine zu hohe und plötzliche Steigerung der Preise für Lebensmittel zu verhindern.

Aus diesen immerhin gegensätzlichen Interessen der Industriellen und Agrarier entsteht der Zustand des Mischausbildens in der Agrarwirtschaft. Auch bringt die miserable Lebenslage der Arbeiter die erzwungene, immer stärkere Einschränkung des Verbrauchs. Die Nationalisierung der Landwirtschaft soll über diesen Zustand hinweghelfen. Auch in Russland führt man eine Nationalisierung durch. Dort ging schon der Anfang aller Maßnahmen auf Kosten der Großgrundbesitzer durch deren vollständige Enteignung. In Deutschland läuft sich die Agrarier, die arbeitenden Bauern, zu gehen, der zur Vernichtung der arbeitenden Bauern führt.

Natürlich versteht sich dieses Bestreben noch hinter einer

Zinsflug gegen die Mieter

Herstellung des Kündigungsschreis der Hausbesitzer

Reichstagsitzung vom 7. Februar.
(Eigener Bericht.)

demagogischen Werthaltigkeit für die Kleinbauern. Hinter einer angeblichen Interessenvertretung für die „gelaute“ Landwirtschaft. Jedem, auch dem letzten Kleinbauer dürfte aber klar werden, daß die nun einleitende, mit Staatsmitteln vorbereitete und von den Großagrarien geführte Nationalisierung der Großagrarien bald den Kleinbauern, der nicht zusammen kann, vernichten werden wird. Hinter dem demagogischen Geißwälz von der Hebung der deutschen Landwirtschaft, der Erhaltung des Bauernstandes versteckt sich ein gefährlicher Angriff gegen die Klein- und Mittelbauern. Sicherlich ist das ein Prozeß auf längere Sicht, aber wenn die Kleinbauern sich jetzt einspannen lassen, wenn sie sich gegen die Arbeitnehmer ausspielen, dann werden sie wehrlos dem Angriff der Agrarier ausgesetzt sein.

Unter diesem Gesichtspunkt muß man auch die Erklärung des sächsischen Ministerpräsidenten zu den Forderungen der Bauern und den „Schlachten der sächsischen Regierung“ bei Schiele, dem deutsch-nationalen Landwirtschaftsminister, betrachten.

Im Anschluß an die Gelbe Woche in Dresden, und die Bauern mit folgenden Forderungen zur sächsischen Regierung gerüttelt:

1. Erloß der Steuern, die nicht aus dem Einkommen gezahlt werden können.

Unterlassung aller Zwangsmahnahmen zwecks Beitreibung räuberischer Steuern.

Senkung der heuerlichen Belastung, insbesondere der nicht mehr berechtigten einseitigen Vorbelastung durch die Realsteuer, in erster Linie die Grundsteuer.

Anpassung des gesamsteuerlichen Belastung des einzelnen an die Leistungsfähigkeit seines Betriebes. Abhebe von dem Sozialen der sozialen Objektsteuer. Fortfall der Mietzinsteuer für die Landwirtschaft.

2. Neuerliche Sparsamkeit in der gesamten öffentlichen Verwaltung.

Durchführung einer Verwaltungsreform mit dem Ergebnis einer Vereinheitlichung und Verbülligung der Verwaltung.

Großere Klarheit in der gesamten Finanzvergabe aller öffentlichen Stellen und zu diesem Zweck Vereinheitlichung der Steuergesetzgebung für Länder und Gemeinden.

3. Übernahme der Rentenbank-Grundschulden aus das Reich.

Vorausgegangene Durchführung einer Umschuldung durch Überführung der kurzfristigen Personalverschuldung in langfristigen Realkredit.

Herabsetzung des Zinsfußes auf eine tragbare Höhe.

4. Beseitigung der außenpolitischen Vorbelastung unserer Wirtschaft.

Zielbewußte Führung der Politik zur Herabsetzung der Gewaltlasten.

5. Aktivierung der Handelsbilanz durch Drosselung aller entbehrlichen Einfuhr. Sofortige Sperrung der Grenzen gegen die Einfuhr von Fleisch und Vieh. Der heimische Markt ist durchaus in der Lage, den Bedarf zu decken. Planmäßige Stärkung des Binnenmarktes, zugleich als bestes Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

In diesem Zwecke: Ausreichender Schutz der Landwirtschaft gegen Auslandskonkurrenz.

Keine Preisgabe agrarischer Lebensnotwendigkeiten zugunsten eines gewaltsam gekeilerten Exports. Dies gilt ganz besonders auch für den bevorstehenden Abschluß eines Handelsvertrages mit Polen.

6. Rendierung der sozialen Gesetzgebung mit dem Ziele, die soziale Belastung der wirtschaftlichen Notlage unseres Volkes anzupassen.

Strenge Beaufsichtigung der Versicherungsträger in ihrer Finanzvergabe und größte Sparsamkeit in ihrer Verwaltung.

7. Rendierung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, das mit seiner Regelung des Unterstützungsanspruchs nach dem letzten Verdienst und mit dem Fortfall der Bedürftigkeit als Voraussetzung für den Unterstützungsbeitrag den Arbeitswillen schwächt und in bedenklicher Weise die Abneigung gegen Aufnahme landwirtschaftlicher Arbeit fördert. Der die landwirtschaftliche Produktion gefährdende Mangel an geeigneten Arbeitskräften wird dadurch in bedrohlichem Maße gefeiert.

Es muß dafür gesorgt werden, daß den landwirtschaftlichen Betrieben geeignete Arbeitskräfte in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen.

Ohne uns hier im einzelnen mit diesen Forderungen zu beschäftigen, wollen wir die Antwort des Ministerpräsidenten darauf untersuchen. Heldt erklärte, die Regierung habe folgende Maßnahmen vorgelegt:

1. Die an sich am 1. Januar 1928 fällig gewesenen Rückzahlungsraten der im Frühjahr 1925 gewährten Saatgut- und Düngemittelkredite sollen angeblich nicht eingehoben werden, vielmehr soll die Rückzahlung dieser Kredite in 5 Jahresraten erst mit dem 1. Januar 1929 beginnen. Allerdings muß hierzu vorher noch Verlängerung der von den Bezirkserbändern übernommenen Bürgschaft nachgeahmt werden. Die Regierung wird sich darum bemühen. Für das Jahr 1928 sollen für diese Kredite in Zinsen nicht gehoben werden; ebenso will die Regierung davon absehen, diejenigen Zinsbeträge, die die Verwaltungsbehörden für das vergangene Jahr gefindet hatten, nachträglich einzufordern. Von 1. Januar 1929 an soll der Zinsatz für die noch ausstehenden Raten von 5 Prozent auf 3 Prozent herabgesetzt werden.

2. Ebenso sollen für die im Jahre 1928 gewährten sogenannten Umstellungskredite zur Förderung des vermehrten Butterbaus für das laufende Jahr keine Zinsen gefordert werden. Der Zinsatz wird vom 1. Januar 1929 an ebenfalls von 5 auf 3 Prozent herabgesetzt.

3. Den durch übermäßig starke Verschuldung ihrer Betriebe gegenüber der Preußischen und Sächsischen Roggentrentenbank besonders schwer betroffenen Landwirten soll überall da, wo die Verhältnisse des Betriebes und seines Eigentümers staatliche Hilfe rechtfertigen, durch Gewährung von Zinszuschüssen für die nächste Zeit fühlbare Entlastung nach Möglichkeit der im Rechtsauskuff bereits abgegebenen Regierungserklärung gewährt werden. Die entsprechenden Anordnungen sind nach Rücksichtnahme mit den Betriebsvertretungen der Landwirtschaft an die Verwaltungsbehörden ergangen. Die erforderlichen Mittel sind im Etat eingestellt.

Betrachten wir diese Maßnahmen, dann ist die erste Feststellung, die man machen muß, daß die für die Kleinbauern wichtigste Forderung, Steueraufschub überhaupt nicht berücksichtigt ist. Die angekündigten Maßnahmen treffen am wenigsten die Kleinbauern. Gerade die unter 2 angelegten Maßnahmen trifft nur Großgrundbesitzer. Die Hilfe für die Roggentrentenschulden erfolgt nur deswegen, weil die Kommunisten diese Forderung erklungen haben.

Inzwischen hat der deutsch-nationalen sächsischen Wirtschaftsminister, der sehr wohl weiß, daß seine angekündigten Maßnahmen dem Gros der Kleinbauern nicht helfen, eine Beruhigungsspitze ausgegeben, er schlägt den sozialdemokratischen Gesandten Gräbner zu seinem Verteidigungs-Schielle, dem Reichswirtschaftsminister. Gräbner soll dort für die sächsischen Landwirte und auch über die Landarbeiterfrage gesprochen haben.

In welchem Sinne, was er dort im besonderen gefaßt, das entscheidet die Presse. Der deutsch-nationalen Reichswirtschafts-

-Reichstagspräsident Löbe eröffnet die Sitzung mit einem Nachruf für den plötzlich verstorbene demokratische Abgeordneten Dr. Reichig. Entsprechend den Anträgen des Geschäftsordnungsausschusses wird die Genehmigung zur Strafverfolgung verschiedener kommunistischer und nationalsozialistischer Abgeordneten verweigert.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Gesetzesvorlage auf Aenderung des Mieterrechtsgesetzes und des Reichsmietenschießgesetzes.

Beide Gesetze sollen nach den Ausführungen bis zum 21. März 1929 verlängert werden. Die wichtigste Aenderung liegt darin, daß nach der neuen Fassung des Mieterrechtsgesetzes kann. Er sieht in diesem Falle dem Mieter durch das zuständige Amtsgericht ein Kündigungsschreiben zugehen, für das ein bestimmtes Formular vorgeschrieben ist und das die bestimmte Angabe der Tatsachen enthält muß, auf die die Kündigung gestützt wird. — Der Mieter kann gegen die Kündigung beim Gericht Widerstreit erheben. Dann wird die Berechtigung der Kündigung im gerichtlichen Güteverfahren nachgeprüft. Verjährt der Mieter die zweimögliche Einspruchssfrist, so kann der Räumungsbescheid gegen ihn erlassen werden.

Abgeordneter Lipinski (Soz.) erklärt, die mit der neuen Vorlage bezweckte weitere Lockerung des Mieterrechtes sei in keiner Weise begründet und notwendig. Der vorliegende Entwurf bedeute eine unerhörte Schädigung der großen Masse der Mieter. Die Sozialdemokratie lehne ihn ab und beantrage die Verlängerung des bestehenden Gesetzes.

Reichsjustizminister Herzog: Ich bekannte mich grundsätzlich zu dem Standpunkt, daß jede Zwangswirtschaft einen Fehler ist. Der vorliegende Entwurf aber bringt keine Entscheidung nach der einen oder der anderen Seite. Zu grundsätzlichen Entscheidungen ist heute der Zeitpunkt noch nicht gekommen. Der Gesetzentwurf hat genau die Mitte zwischen den Interessen beider Seiten. Die Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft überlassen wie bewußt den Ländern. Der Entwurf erleichtert die allmäßige Wiederherstellung der normalen Verhältnisse (!) dadurch, daß er den in der langen Zeit der Zwangswirtschaft etwas verdunkelten Begriff der Kündigung wieder herstellt. Der preußische Justizminister erläutert in einem Schreiben, das Gericht nicht vor dem 1. April d. J. in Kraft treten zu lassen. Wir werden uns diesem Wunsch fügen.

minister, das steht aber fest, hat mit leeren Redensarten geantwortet. Das Reich müsse eingreifen, gewiß, das werde eingeschehen, im Laufe der nächsten Wochen willst Schiele sich erläutern und solche Reden mehr. Der Sozialdemokrat Gräbner hättet dann den Deutschen Nationalen, auch an Sachen zu denken. Dann verabschiedete man sich höflich.

Die gesamte Arbeiterschaft muß den Vorgängen in der Landwirtschaft mehr Aufmerksamkeit widmen. Es ist nicht damit genommen, daß man, wie die SPD-Presse, auf die Agrarier schimpft. Es gilt den kleineren und mittleren Bauern zu zeigen, welche Gefahren ihnen drohen. Es gilt dem Klein- und Mittelbauern zu zeigen, daß sie mit dem Proletariat gemeinsam kämpfen müssen und nicht der Demagogie der Deutschen Nationalen erliegen dürfen.

Reformistische Daumenichrauben

Aus Hamburg wird uns geschrieben:

Einige von den 15 sozialdemokratischen Arbeitern, die sich in einem offenen Brief an die Arbeiterschaft gegen die Koalitionsarbeit und für die Bildung eines sozialdemokratischen Sezessions aus sprechen, veröffentlichen eine Erklärung, in der sie ihre Unterstützung unter dem Offenen Brief zurückziehen. Dies geschah unter dem Drud des brutalen Terrors der reformistischen Bürokratie, welche sich nicht heute, nein die 15 sozialdemokratischen Arbeiter eine Presseplompe einuleiten, deren Schwäche nicht übertragen werden kann. Neue sozialdemokratischen Arbeiter, die sich gegen die Koalitionspolitik aussprechen, sind im reformistischen Jargon „komunistische Spieße“ und die Kommunistische Partei, die auch sozialdemokratische Arbeiterstimmen veröffentlicht, die sich für den Kampf gegen die Bourgeoisie aussprechen, ist „moralisch verlumpt“. Das sagt die Partei Barmais, die ein beludenes Substanz wie Bauer in ihren Reihen duldet, die Partei Rosas, die Partei Schmidauer hochstehen und korrumptierte Beamten der Hindenburgrepublik.

Die sozialdemokratischen Arbeiter, die dem reformistischen Terror in Hamburg gewichen sind, kann man nur als Opfer einer klapplosen Bürokratie ansprechen. Der SPD-Führung ist die Koalitionspolitik mit den Ausbeutern das heiligste der Güter. Sie verteidigen die Koalitionspolitik ebenso wie die Bourgeoisie das Privatentgelt. Und mag ihr Terror die sozialdemokratischen Arbeiter gegenwärtig noch vom Kampfe gegen die Koalitionspolitik abhalten, — die Entwicklung muß die SPD-Arbeiter auf den revolutionären Weg führen, — denn das Schicksal der Arbeiterschaft hängt von der Entscheidung dieser Grundfrage des Klassenkampfes ab.

Textilarbeiterkämpfe um Lohnerhöhung

Die Textilarbeiter von Reichenau haben zum 29. Februar den Lohntarif gekündigt und ihre Forderungen eingereicht. Es wird für die ungelehrten Textilarbeiter eine Lohnerhöhung von 25 Prozent und für die Gelehrten von 20 Prozent gefordert. Die bisherigen Verhandlungen sind an der Frontlinie der Unternehmer gescheitert. Die Antrufung des Schlichtungsausschusses ist einstimmig von den an der Lohnbewegung beteiligten 2000 Textilarbeitern abgelehnt worden, so daß, wenn die Unternehmer nicht in letzter Minute die Forderungen der Arbeiterschaft bewilligen, mit Ausbruch des Streites noch vor Ablauf des Lohntariffs gerechnet werden muß.

Reformistische Niederlage

Nach dem bedeutungsvollen Oppositionssieg im DMV Remscheid hat nunmehr die Opposition einen weiteren wichtigen Sieg über die Reformisten bei der Belebung der hagener Ortsverwaltung des DMV zu verzeichnen. Jahrzehnt lang muhte die Opposition gerade hier besonders einen schweren Kampf gegen die Unterdrückungsmaßnahmen der reformistischen Angestellten. Der Erfolg der Opposition im hagener DMV wird uns ein erneuter Ansporn für den, auch in den noch bevorstehenden Gewerkschaftswahlen neue Erfolge hinzuzufügen.

Gewerkschaftlicher Oppositionssieg

durch reformistisch-masowistische Einheitsfront

Auf der am 1. Februar stattgefundenen Generalversammlung der Erfurter Schuhmacher zeigte sich, daß die Maslow-Leute den Sozialdemokraten in die Hände arbeiten, um den oppositionellen Wahlkampf für die Neuobesetzung der Ortsverwaltung unmöglich zu machen. Die Maslow-Leute hatten ihnen vor dem Wahlgang erklärt, daß es ihnen gleich sei, ob sie durch ihr Vorgehen die Ortsverwaltung den offenen Reformisten in die Hände spielen. Durch das Auftreten eigener Kandidaten, hofften sie, zusammen mit den Reformisten, den oppositionellen Wahlkampf zu verhindern. Aber weder die Rechnung der Reformisten, noch die der mit ihnen in Einheitsfront gegen die Opposition marschierenden Maslow-Leute klappte. Es gelang trotzdem der Opposition die Neuobesetzung der Ortsverwaltung, was als ein besonderer Sieg zu buchen ist.

Abgeordneter Domisch (Din.) ist der Meinung, daß die große Beunruhigung in den Kreisen der Mieter und Vermieter unbegründet sei. (?)

Abgeordneter Treimel (Itr.) ist der Meinung, die immer noch anhaltende Wohnungsnöte könne nur behoben werden durch die Belebung der Bauaktivität durch inländisches und ausländisches Kapital. Diese werde gefördert durch eine weitere Festigung des Eigentumsbegriffs im Wohnungswesen.

Nächste Sitzung Mittwoch den 8. Februar, 14 Uhr. Fortsetzung der Debatte über den Abbau des Mieterchuges.

Abbau des Mieterchuges

Berlin, den 7. Februar 1928.

Wie bei allen Beratungen, die wichtige Gewerkschaften betreffen, gleich auch bei der Debatte über den Abbau des Mieterchuges der Sitzungssaal des Reichstags einem Sommerrestaurant an einem Regentag. Es sind nur vereinzelte Gäste da, und die benennen sich, als ob sie aus Berichten hierher geraten wären.

Der Redner der Sozialdemokratie Lipinski, lehrt das Gelehrte ab; der ihm folgende Reichsjustizminister Herzog teilt mit, daß die Opposition der preußischen Regierung sich auf die Forderung beßert, den Hausbesitzer solle am 1. April und nicht schon am 16. Februar das Recht der Kündigung wegstellen werden. Die Taktik der Regierung geht darauf hinaus, einen Stein nach dem anderen herauszubringen aus dem Gebäude der Wohnungszwangswirtschaft, in der Erwartung, daß die übrigen Ruinen von selbst zusammenfallen. Herzog Siedlergrube ist in voller Tätigkeit. Man kann nicht behaupten, daß das umliegende Land fruchtbar wird von diesem Ademwasser. Phrasenhaft ruft er von der Ministerbank: „Wir müssen bauen, bauen!“ — Die Antwort gibt ihm Genosse Hölle in durch den Zwischenfall: „Ich geb ja kein Geld dazu her!“

Die Redner der Deutschen Nationalen und des Zentrums legen vergebens viel, um zu verschleiern, die Willensmacht der Mieter braucht wird nur die Zustimmung zu diesem Gesetz, die Wahrnehmung der Hausbesitzerinteressen herauszuholen.

In der weiteren Debatte wird Genosse Hölle in den Standpunkt der kommunistischen Fraktion und der Mieter versetzen. Dann haben das Wort im Kampf um diesen neuen Wechseldals des Bürgerblocks die werktäglichen Massen im Lande.

Reformisten für den Schändlichkeitsbruch in der Großmetallindustrie Bayerns

Die in ihrer Mehrheit von der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie abhängige Vertrauensmännerversammlung in München hat den Schändlichkeitsbruch des christlichen Schleppers Hartmann mit der 26-Pfennig-Lohn erhöhung angenommen. Eine Minderheit von 30 bis 40 Vertrauensmännern stimmt gegen diese schändliche Kapitulation. Eine große Anzahl von Münchner Metallbetrieben haben in der Urabstimmung den Schiedspruch mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Das bringt gleichzeitig den Kampfeswillen der bayrischen Metallarbeiter zum Ausdruck. Wie in München waren auch die Metallarbeiter in den anderen Städten Bayerns auf die Streikparole. In Ingolstadt nahm eine Versammlung der christlichen und freigewerkschaftlichen Metallarbeiter eine Resolution an, in der von den Gewerkschaftsorganisationen Aufnahme des Kampfes bis zur vollständigen Durchsetzung der Gewerkschaftsforderungen verlangt wird.

An den bayrischen Metallarbeiter liegt es nun mehr nach vor Ablauf der Erklärungsfrist den Kampf um die aufgestellte Forderung von 40 Pf. Stundenlohn statt 36 Pf. wie bisher aufzunehmen, da andernfalls eine Verhinderung des Schiedspruches diesen Schritt zur Zeit fast aussichtslos macht.

Bon der Koalitionsarbeit zum Sozialfaschismus

Der Parteivorstand der SPD hat seine Sympathie für die „bewährten“ Führer der USPD noch nie geäußert. Die USPD-Führer verfügen ja nichts anderes weiter, als die Politik der Großen Koalition, die offizielle Politik der SPD, gegen den Verstand der Unzufriedenen sozialdemokratischen Arbeiter in Sachsen durchzuführen. Aber die Börse für die Politik der Großen Koalition hatten auf „Danck vom Hauß Habsburg“ gerechnet und sich dabei vertreut. Um die Hauptvorstand der Großen Koalition durchführen zu können, gab der Hauptvorstand die Heldt, Barth, Kethle und Rietzsch als Personen preis. Das hat weit über Sachen hinaus die Reihen der zweiten Führungsgarnitur der SPD verhüttet. Diese „alten, ehrlichen Reformisten“ verlangen, daß der Hauptvorstand ohne Rücksicht auf die Stimme der SPD-Arbeiter offen die Sprache des neuen deutschen Imperialismus spricht, verlangen, daß die offizielle Sozialdemokratie des Königsbrück aus der SPD ausgetreten und zur USPD übergetreten. Barth, von der Schule Winnig, ist seit 35 Jahren Mitglied der SPD, war langjähriger Reichstagskandidat in der Vorzeit, von 1917 bis 1919 Grefebauer für den Königsorter Volksgesetz, Leiter des Oberschlesischen Heimatdienstes und gilt noch heute als besonderes Innismus des preußischen Ministerpräsidenten Braun. Barth vertritt sich für seine nationale Einstellung auf den Geist Lügens und Eberts. Bezeichnend ist, daß die Volkspartei und deutsche Presse in der Lage ist, den Brief Barth's an den Parteivorstand zu veröffentlichen, während der Vorwärts ihn bisher unterdrückt. Adolf Barth wird nicht der leichte Sozialdemokrat sein, der zur USPD hinüberwechselt. Über die sozialdemokratischen Arbeiter müssen erkennt, daß ihr Kampf nicht nur diesen offenen Renegaten gelten darf, sondern der Koalitionsarbeit der SPD überhaupt. Denn der Sozialfaschismus ist ein legales Kind der Koalitionsarbeit.

Sieben Personen bei einem Raubüberfall erschossen
In der Nähe von Lemberg hat sich ein blutiger Überfall ereignet, dem im ganzen Gebiet Personen zum Opfer gefallen sind. Am späten Abend gelangten auf einem kleinen Vorwerk, das ein ehemaliger Hauptmann bewirtschaftet, vier Herren, elegant gekleidet, in einem Auto an, das sie für reparaturbedürftig erklärt. Sie waren um Nachtwache. Der Hauptmann nahm zwei von ihnen auf und brachte zwei andere bei einem Gutshof unter. Bald nach dem Schlagzeichen bemerkte er seine beiden Gäste in seinem Schlafzimmer. Auf seinen Ruf, stehen zu bleiben, und die Hände hoch zu heben, zogen sie Revolver, wurden aber durch den schnelleren Gutsbesitzer sofort niedergehauen.

Der geistesgegenwärtige Mann eilte dann sofort zu seinem Nachbar, um diesen vor einem ähnlichen Überfall zu

Sozialdemokraten gegen den Maximal-Achtstundentag!

Das Arbeitszeitnotgesetz vor dem Sächsischen Landtag — Der kommunistische Antrag auf 7-Stunden-Schicht für Unter-Tage-Arbeit angenommen — Die kommunistischen Bergarbeiterkampf-Forderungen durch den Bürgerblock verschleppt

64. Landtagssitzung

Dienstag, den 7. Februar 1928

Ju Beginn der heutigen Sitzung werden die Abstimmungen über die in der letzten Sitzung beratenen Mieterfragen angetreten. Die in erste Beratung genommenen Anträge werden den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Der Aufwertungsantrag, betreffend Mieterschutz, über den wir berichten, wird mit Mehrheit angenommen. Die kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge werden vom Bürgerblock einschließlich der Nationalen und Altkonservativen und der Aufwertung abgelehnt. Selbst der Antrag auf Schaffung eines sozialen Mieterrechtes wird von den Aufwertern und den Nationalsozialisten mit dem gesamten Bürgerblock abgelehnt. (Südmärkische Kurie der Kommunisten quittieren diese Haltung der „Vollstrecker“.) Die übrigen Anträge werden nach den Ausschusshoheitsabenden beschlossen. Es folgt die Ausschusshoheitsberichtigung über die kommunistischen Anträge gegen den Arbeitszeitnotgesetzwurf und gegen die Zustimmung des sächsischen Regierungsvorstandes im Reichstag zum Arbeitszeitnotgesetz. Der Ausschuss schlägt Ablehnung des grundsätzlichen Antrages gegen das Arbeitszeitnotgesetz vor, empfiehlt aber Annahme des Antrages, der die Mehrbilligung über die Zustimmung des sächsischen Regierungsvorstandes zum Arbeitszeitnotgesetz auspricht. Der Bericht erledigt.

Genosse Schreiber

betont als Redner der Fraktion die Bedeutung dieses arbeiterfeindlichen Gesetzes angesichts der Tatsache, daß jetzt offiziell selbst dieses sogenannte Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag von den kapitalistischen Regierungen über den Haufen geworfen wird. Gleichzeitig charakterisiert dies auch die Gleichheit der Illusion über die Bedeutung kapitalistischer Wissmachungen und Konferenzen und des Internationalen Arbeitsamtes für die Arbeiterklasse, die durch die Reformen aller Länder gefordert werden. Gerade angesichts der Verstärkung kapitalistischer Ausbeutung, geisterter Kriegsrüttungen und des Nebeneintritts des englisch-reformistischen Gewerkschaftsführers Hodges zu den Liberalen, dessen deutsches Beispiel in den südlichen KSP-Zentren zu sehen ist, wird die Richtigkeit der kommunistischen Stellungnahme bewiesen, die den Gedanken der Arbeitsgemeinschaft bestimmt und den Klassenkampf zur Befreiung der kapitalistischen Herrschaft als einzigen Ausweg aus der brutalen Ausbeutung anzeigt. Wer den Arbeitern etwas anderes erzählt, der verrät ihre Interessen, der vermisst ihre Kehlen und stört die Bourgeoisie. Wir Kommunisten sagen den Arbeitern offen, daß der Kampf um Achtstundentag und Schutz vor Ausbeutung nur erfolgreich gestaltet werden kann durch den Kampf um die politische Macht. (Beifall b. d. Komm.)

In der Aussprache entfaltet der Sozialdemokrat Gruppe eine wütige Kommunistenrede, ohne ein sachliches Wort zu dem Arbeitszeitnotgesetz und der vollkommenen Freigabe des Washingtoner Abkommens zu sagen. Als er mit den Worten schließt: „Die Arbeiter werden aufstehen, wenn die Kommunistische Partei vertrieben wird!“ antwortet Genosse Lieberach in vernichtender Kritik auf die kapitalistischen Hilfsdienste der Sozialdemokraten. In der Abstimmung wird der Abzug des kommunistischen Antrages, der 7-Stunden-Schicht für Unter-Tage-Arbeit fordert, mit Mehrheit angenommen! (Beifall b. d. Kommunisten und auf der Tribüne)

Sozialdemokraten gegen Maximal-Achtstundentag!

Beim Abzug, der die Fassung des Achtstundentages als Maximalarbeitszeit ohne Ausnahmen verlangt, stimmen die Sozialdemokraten und die KSP-Leute mit dem Bürgerblock gegen die Kommunisten, so daß der Antrag durch Freigewerkschaftler abgewählt ist. Der Wiedergutmachungsantrag gegen die Zustimmung des Regierungsvorstandes zum Arbeitszeitnotgesetz wird gegen Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt. Ein kommunistischer Antrag auf Errichtung von Filialen zur Durchführung der Versicherungen und Arbeitssozialversorgungen für Erwerbslose wird vom Genossen Opius ausführlich mit den unhalbaren Zuständen in bezug auf große Entfernungen und ungünstige Möglichkeiten in Vermittlungsstellen in Landbezirken begründet.

Der Antrag geht an den Ausschuß.

Es folgt der Ausschusshörericht über die Beratung des Antrages Arzt über die Lohnverhältnisse im mitteldeutschen Braunkohlebergbau und der kommunistischen Anträge auf Beleidigung der Forderungen der Arbeiter in den Braunkohlenwerken der „Sächsischen Werke“ und auf Jurisdicition der Technischen Richter und der Polizei aus dem Streitgebiet in Mitteldeutschland. Diese Anträge sind zeitlich infolge überholt, als sie zum letzten Bergarbeiterkampf gestellt und dann durch den Bürgerblock inszeniert verschleppt worden sind. Der Ausschuss hat mit Mehrheit fast alle Forderungen der Kommunisten abgelehnt. Angenommen wurde jedoch aus dem kommunistischen Antrag der Abzug, der die Reduzierung der Arbeitszeit in dem Braunkohlenbetrieb der Sächsischen Werke verlangt.

Genosse Lieberach

betont in der Diskussion, daß nach dem Ausgang des Bergarbeiterkampfes keine Forderungen als überholt bezeichnet werden können. Die von den Arbeitern aufgestellten Forderungen sind nicht erfüllt worden. Die Antrittung der vorherigen Leistungsschlüsse hat die Arbeiter betroffen, und mancher Arbeiter ist nach Schlechter gestellt worden. Gleichzeitig haben einzelne Unternehmer nach Beendigung des Streites die Betriebe stillgelegt und dann die Belegschaften gefeuert. Das „erfolgreiche“ Verhandlungsergebnis genügt also nicht. Um bewilligte Forderungen füngemäß durchzuführen, muß ein ganz anderer Druck ausgeübt werden. Das Angestellte zum Streitbuch gezwungen wurden, fennzeichnet die Unternehmensmethoden. Die Angestellten und Beamten konnten dabei lehnen, doch keine durch besondere Unterordnung gewährten Sonderrechte Geltung haben, wenn die Unternehmer um die Sicherung ihres Profils kämpfen. Der Angestellte und Beamte gehören also in eine Kampffront mit den Arbeitern und nicht in die Streitkampffront der Unternehmer. Die Behauptung, daß die KSP bei der Bewilligung der Arbeitserfordernisse konkurriert, ist einfach den Tatsachen widersprechend. Die KSP habe überhaupt verstanden, durch militärische Ausbeutung ihren Machtbereich ständig zu erweitern. Dabei sind Ausbeutungsmöglichkeiten des Betriebes vorhanden, die zugunsten der Politik das Kohlenmonopol einfach nicht ausnutzt. Jeder Arbeiter ist kein Gold da, aber über ein Dutzend Direktoren und ein riesiger hoher hoher Bureaukratenstab ist nicht zu teuer; ja, man plane sogar, den Renegaten-Innenminister und KSP-Müller aus Chemnitz als neuen Direktor einzustellen. Zur Korrumperung von Arbeitervorständen hat eben die Bourgeoisie Geld. Die Regierung, der heute sogar von einem Bürgerlichen Gericht befreit wird, daß sie mit ihrem Scheidspruch glatt Rechtsbrüche durchführt, konnte bei der Einsetzung des Teno einen besonderen Vorwurf gemacht werden. Kapitalistische Regierungen kennen keine Gesetze, keine Moral und keine „Gerechtigkeit“, wenn es gilt, Arbeitern, Angestellten und Beamten gegenüber das Profitinteresse zu vertreten. Das liegen wie den Werkzeugen, damit diese erkennen, daß ebensoviel wie die Unternehmer auf ihre Eigentum Rücksicht nehmen beim

Kampf um ihren Profit, die Arbeiter, Angestellten und Beamten im Kampf um ihre Existenz keine Rücksicht auf die Besondersheit und Sicherheit der herrschenden Gesellschaft nehmen dürfen! (Beifall b. d. Komm.)

Finanzminister Weber erklärt, daß die KSP eine Reduzierung auf 8 Stunden nicht ertragen würde, daß Müller nicht als Direktor in Aussicht genommen sei und spricht zum Schlus provozierend den Teno den Dank der Regierung aus. Er verzerrt die Abstimmung der kommunistischen Anträge einschließlich des durch die Auschussherrschaft angenommenen Achtstunden-Reduzierungsabstages.

In der Abstimmung werden sämtliche kommunistischen Anträge abgelehnt. Der Abzug, der Reduzierung der Arbeitszeit auf 8 Stunden in den KSW-Braunkohlenwerken verlangt, wird jedoch mit Mehrheit angenommen.

Angst vor Neuwahlen

Bei der Festlegung der nächsten Tagesordnung lehnt der Bürgerblock einschließlich der KSP ab, einen Antrag betreffend Aufstellung der Gültigkeit der Wahl auf der Tagesordnung zu belassen.

Ein Antrag Wirth auf Ergänzung des Vergesetzes wird angenommen.

Bergarbeiterkampf

Nunmehr erfolgt die Berichterstattung über die Beratung eines Antrages Arzt auf Einführung von Grubenkommissionen für den Bergbau und eines kommunistischen Antrages zwecks Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen im Bergbau. Der Ausschuss schlägt Annahme des Grubenkommissionenantrages in abgedunkelter Form vor. Ebenso schlägt der Ausschuss Annahme des kommunistischen Antrages in folgender Form vor:

1. Die Regierung zu erlauben, sofort eine Verordnung zu erlassen, in welcher alle noch nicht erfüllten Forderungen, die in den Richtlinien enthalten sind, welche vom Landtag im Dezember 1925 beschlossen wurden und den Bergarbeiterkampf betreffen, durchgeführt werden.

Ablaufende Nachschicht darf nicht länger als eine Woche zugelassen werden.

2. Die Regierung zu erlauben, dem Landtag baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, in welchem im Kapitel 1: Bergpolizei (§§ 81 bis 94) des „Allgemeinen Berggesetzes“ für den Freistaat Sachsen, vom 21. August 1910, folgende Bestimmung aufgenommen wird:

Zur Durchführung des Bergarbeiterkampfes ist bei den Bergämtern Zwickau, Stollberg, Leipzig und außerdem beim Oberbergamt in Freiberg je ein Grubenkontrolleur aus dem Reihen der Bergarbeiter amlich anzustellen;

Vorbedingung für dieses Amt muß eine zehnjährige bergmännische Tätigkeit als Häuer sein; diesen Grubenkontrolleuren steht das unbeschränkte Recht zu, alle Anlagen des Steins- und Braunkohlenberg-

bau, einschließlich aller gewerblichen Gruben in Sachsen, über und unter Tage jederzeit zu befahren;

bei der Anstellung dieser Kontrollen sind die Vorschläge der am Tarifvertrag für den sächsischen Bergbau beteiligten Bergarbeiterorganisationen zu berücksichtigen.“

Ablehnt wurde im Ausschuss der Abzug des kommunistischen Vertreters auf Urwahl der Grubenkontrolleure von der Belegschaft auf die Dauer eines Jahres. Dieser Antrag sieht als Mindestanspruch zur Abstimmung.

Die Regierung erklärt ja den Ausschusshandlungen, daß sie deren wichtigste Vorschläge ablehnt.

Genosse Schreiber

weist an Hand erschöpfernden Materials über die Steigerung der Todes- und Erkrankungsfälle bei der sächsischen Bergarbeiterchaft die Notwendigkeit besonderer Schutzmaßnahmen für den sächsischen Bergbau nach. Er widerlegt die unverantwortliche Behauptung der Bergarbeiter und des Bergamtes, die hohen Krankenzeiten seien an der Steigerung der Unfallziffern schuld, tatsächlich aber werden die Unfalls- und Krankheitsziffern gestiegen durch die überzeitliche Verkürzung des Bergarbeiterdienstes und niedrige Löhne. Wer sich dagegen wehrt, fliegt auf die Straße. Die Konkurrenzkräfte der Kapitalisten werden auf diese Weise auf Kosten der Arbeiter ausgetragen. Wir Kommunisten legen das Schwergewicht beim Schluß vor Unfällen auf die Betriebsräte, die besonders gefährdet werden müssen. Die Grubenkontrollen laufen Gefahr, in die Hände des Unternehmers zu geraten. Deshalb schlagen wir vor, sie von den Arbeitern abhängig zu machen mit Hilfe der Urwahl durch die Belegschaften. Wenn die Sozialdemokraten sich dagegen wenden mit der faulen Ausrede, man dürfe nicht den „Unorganisierten“ das Recht auf Urwahl geben, so sagen wir, daß die Arbeiterverbände nicht nur ihr die Mitglieder, sondern für die ganze Klasse kämpfen müssen und sie so gewinnen für die Organisation. Zur Parlamentswahl besteht ja auch die Sozialdemokratie um die Stimmen der Unorganisierten. (Sehr richtig! bei den Komm.) Aber durch die reformistische Führung des Bergarbeiterverbands ist die Bevölkerung zur Organisation schwer erschüchtert worden. Als Genosse Schreiber auf demagogische Angriffe der Sozialdemokraten in ihrer aber fachlichen Weise antwortet, verteidigt die aus der KPD mit ihrem Mandat abgetretete Martha Schling in kreativem Zwischenrufen die sozialdemokratischen Wahlstrategie. Zum Schluß weiß Genosse Schreiber auf die Vorbildlichkeit des Bergarbeiterkampfes in Sowjetrußland hin und betont, daß die Bergarbeiter nicht hoffen dürfen auf die parlamentarischen Befreiungen, sondern sich nur verlassen können auf die eigene Kraft, die sie selbst im Kampf um die Siebenstundenschicht eingesetzen müssen.

Der Ausschusshandlung wird gegen kommunistische und sozialdemokratische Stimmen an den Ausschuss B zurückgewiesen.

Die restlichen Tagesordnungspunkte werden auf die nächste Sitzung, Donnerstag den 9. Februar, verschoben. Damit ist die Sitzung beendet.

Berüümmerung des Mieterschutzes und das Doppelspiel der SPD

Von P. Lang

Der planmäßige Abbau des Mieterschutzes, rüchtiger Seiner Rechte, die Sabotage des staatlichen und kommunalen Wohnungsbau und die dadurch bedingte Züchtung der Wohnungsnöte haben nur einen Zweck: dem Finanzkapital, den Hausbesitzern, den Bauunternehmern wieder die volle „Freiheit“, die breiten Massen der Mieter bis aufs äußerste auspreisen zu können, wiederzugeben. Der neue Vorstoß der Bürgerblock-Regierung, der den Hausbesitzern das Rücksichtsrecht wiedererteilt, was nun im Plenum des Reichstages endgültig zum Schluß erhoben wird, ist somit ein Teil der Gesamtoffensive des Großkapitals und seiner Bürgerblock-Regierung gegen die werktätigen Massen.

Die Bourgeoisie kann den Weg, den sie auf dem Gebiete des Mieterschutzes und Wohnungswesens in den letzten Jahren zurückgelegt hat, mit Stolz betrachten.

Die Wohnungsnöte ist so gewachsen, daß sogar laut Angabe des Statistischen Reichsamtes (sog. einer ehrenwürdigen bürgerlichen Einrichtung) in den Großstädten jede 10. Familie ohne eigene Wohnung ist, daß nach denselben Quelle rund 1 Millionen Familien, bzw. Haushalte im Deutschen Reich ohne Wohnung sind; laut Angabe des Preußischen Statistischen Landesamtes (also gleichfalls seines „verdächtigen“ Quelle) beträgt der Wohnungsbedarf an Wohnungen im Deutschen Reich 1 700 000, davon in Preußen allein 1 200 000; laut Angaben in der bürgerlichen Preußischen Zeitung (Mag. Bob) sind gegenwärtig 2 Millionen Familien, also bei einer durchschnittlichen Kopfzahl von 4 pro Familie, 8 Millionen Menschen im Deutschen Reich ohne eigene Wohnung. Schöne Aussichten für das Bankkapital!

Und die Mieten? Sie sind seit der Stabilisierung, seit Anfang 1924, von durchschnittlich 30 Prozent der Friedensmiete (dieser Prozentsatz variierte in den verschiedenen Ländern) auf 120 Prozent (dazu kommen noch mehrere Prozente Gemeindezuflüsse, in Berlin z. B. 4 Prozent) planmäßig gesteigert worden. Das verloren Jahr brachte 20 Prozent Mietsteigerung, die drastisch an Hausagraranten in den Schoß fielen. Laut Angabe des Arbeitsministers Braun (in der „Dienstschrift“ zur Wohnungsfrage) bedeutet eine 10prozentige Mietsteigerung eine 2prozentige Lohnherabsetzung. Nach diesen hochwütigen Zeugnissen hat also die Mietsteigerung eine starke Befreiung des Reallohns gebracht. Gegenwärtig muß der Prolet wieder ein Viertel seines Einkommens für Miete hinlegen. Davon fast die Hälfte als Mietsteuer („Hausratsteuer“), die zum größeren Teil nicht für Wohnbau, sondern für solch edle Zwecke, wie Erhaltung der Polizei, der Kirche, der Fürstenabfindung usw. verwendet wird. In den Neubauten betragen die Mieten 180 Prozent und mehr der Friedensmiete. Ein Prolet, der dort wohnen will, muß ein Drittel, ja die Hälfte seines Lohnes dafür opfern. Gute Zeiten für die Hausagrarier, gute Zeiten für den kapitalistischen Staat!

Angesichts dieser Entwicklung, zugleich im Bewußtsein der nahenden Wahlen, finden die Führer der SPD und der Gewerkschaftsbürokratie große Töne gegen die Wohnungsnöte und gegen den Abbau der „Zwangswirtschaft“. ADGB, AfA-Bund und KPD haben ein Memorandum an den Reichsarbeitsminister herausgegeben, in dem sie für die Bekämpfung der Wohnungsnöte und ein „soziales Wohn- und Mietrecht“ eintreten. Und im Wohnungsausschuss haben SPD-Abgeordnete Worte der Entzürftung gedehnt.

Da ist es an der Zeit, auf das schändliche Doppelspiel der SPD und des ADGB gerade in der Wohnung- und Mieterfrage hinzuweisen. Während sie in Reden und Revolutionen die Arbeiter und Angestellten und Beamten gegenüber das Profitinteresse zu vertreten. Das liegen wie die Werkzeugen, damit diese erkennen, daß ebensoviel wie die Unternehmer auf ihre Eigentum Rücksicht nehmen beim

SPD hat an der finanziellen Erhöhung der Mieten aktiv mitgewirkt. In den Jahren 1924 bis 1926 war sie nicht nur der Teihaberin verschiedener Landesregierungen sondern auch der Reichsregierung, und also unmittelbar verantwortlich für die Erhöhung der Mieten bis auf 100 Prozent der Friedensmiete. Bei der Erhöhung der Mieten auf 120 Prozent ging die Initiative von der Brauns-Großeski-Hirtleiter-Regierung aus. Und die Brauns-Konsorten waren es auch, die erst jüngst, am 1. Oktober 1927, die ganzen 10 Prozent Mietsteigerung den Hausbesitzern in den Räumen waren und nicht einen Pfennig davon für den Wohnungsbau zurückhielten. Sie mögen also den Mund nicht voll nehmen. Nur die Kommunisten haben tatsächlich mit Erfolg und ohne Vorbehalt gegen die Mietsteigerungen gekämpft.

Die SPD ist mitverantwortlich für die rückerliche Hausinvestition (Mietsteuer). Sie hat bei ihrer Fassung mitgetan.

Sie denkt auch nicht daran, was die preußische Koalitionsregierung

wiederholt erklärt hat, auf diese wichtige Einnahmequelle des Budgets zu verzichten oder sie auch nur ganz für Wohnbauzwecke zu verwenden. Der Vorwärts schreibt in einem ausführlichen Artikel vom 8. Oktober 1927, daß die Hausratsteuer „eine gerechte Steuer“ sei, „eine der wichtigsten Einnahmequellen Deutschlands“ (natürlich, bringt sie doch bereits 2 Milliarden Reichsmark ein!) und „keine übermäßig hohe Steuer“ sei. Die SPD hat auch noch die Stirn, zu sagen, daß es dabei um eine Besteuerung des — Hausbesitzes handelt, während sie doch von den Mietern bis zum letzten Pfennig getragen wird und die Hausbesitzer davon noch einen Anteil haben! So muss auch die Demagogie der SPD in der Hausratsteuerfrage entlarvt werden.

Schließlich war es die SPD, die nicht nur ihr gerüttelt Miet-Mitschuld an den einschneidenden Verschlechterungen des Mieterlebensgesetzes im Juni 1926 hat, sondern die auch im Vorabestimmen des Mieterschutzes planmäßig zerstört. Da ist vor allem die preußische Koalitionsregierung tonangebend. Durch die Hirtleiter-Vorordnungen wurde die Gewerberäumniere des Mieterschutzes beraubt, wurde das Wohnungsmangelgesetz für die Landgemeinden aufgehoben, wurden Großwohnungen und durch ihre Teilung entstehende Kleinhäuser aus der Zwangswirtschaft gänzlich herausgenommen. Dafür ist die gesamte Braunschweiger Regierung verantwortlich, die gesamte SPD. Die sozialdemokratische Fraktion hat bei einem Mietrauensantrag der KPD gegen Hirtleiter sich für Hirtleiter entschieden. Die Landesregierungen, mitsamt den sozialdemokratischen, holen auf den Paragraphen 52 des Mieterschutzes und den Paragraphen 11 des Mietergesetzes gestützt, der Bourgeoisie die Kosten aus dem Steuer. Die Herren Braun und Konsorten engagieren sich dabei so, daß jüngst die erzählerische bayerische Hausbesitzer-Vereinigung sie als Musterbeispiel ihrer eigenen Regierung gegenübergestellt hat!

Rein, die SPD ist von den Arbeitern für den Abbau des Mieterschutzes und für die vorhandene Wohnungsnöte voll und ganz verantwortlich.

Nur die KPD kämpft für die Wiederherstellung und den Ausbau des Mieterschutzes, für die Bekämpfung der Hausratsteuer, für entsprechende Senkung der Mieten, für Befreiungnahme und Aufteilung der überzähligen Wohnräume für die Wohnbedürftigen für großzügigen kommunalen Wohnungsbau auf Kosten der Besitzenden. Und sie weiß, daß diese aller näheren Zielen auf dem Gebiete des Wohnungswesens erreicht werden können nur durch hinwegsegung der Bürgerblock- und der Koalitionsregierungen!

Nur ganz Alltägliches

Von Toni Graal

"Nur diesmal, lieber Gott, helfe unserer Armut . . ." Die junge Frau lag auf dem rauhen ungepolsterten Fußboden der ärmlichen Kammer, die grauen, nassen Wände waren es hart zu tragen: "Nur diesmal, Gott . . ."

In dem schiefen, verborogenen, altmödlichen Wändelorb, der in einer Ecke der Stube, wohin das Licht des halbdunklen kleinen Fensters nicht drang, auf einem Stuhle hantierte und die Stelle einer Wiege vertrat, lag ein etwa zweijähriges Kind. Seine Wangen waren eingefallen. Die Backenknochen traten stark hervor, wie bei der Leiche eines Verhungerten, nur daß sie wie im Fieber brannten. Die dünnen, mageren Arme hingen schlaff über dem stilligen, rotgewellten Bettzeug, und die eingeschlossene Brust des elenden Weinen atmte kaum. Dem Kind schien eigentlich nichts. Nur gute Nahrung hatte der Armenarzt verordnet, da das Kleine stark unterernährt sei . . . und lebt, lebt schwach.

Die junge Frau zerrüttete sich vorgebens den Kopf, einen Ausweg aus der die ganze Familie erwürgenden Not zu finden. Sie hoffte immer noch, Gott werde helfen, trotzdem die Erfahrung eines ganzen Lebens die Ergebnislosigkeit dieses Glaubens aufgezeigt hatte.

"Sind uns jemand," jammerte sie, "der uns Milch, Brod, Fleisch, Wärme, Kleidung schafft. Da weißt, wie nötig es ist."

Jemand lachte. Es war der Mann, den ein inneres Leid bereits monatelang an das härtige Lager schleifte, welches er nachts mit seiner Frau zu teilen hatte. Der glaubte schon lange nicht mehr an den Gott seiner Vedenbegierden. Ihm war klar, daß Hilfe nicht von oben, aus irgend einem erträumten Himmel kommen kann, sondern nur auf der Erde eklampft werden mußte.

"Ach ne, hat dein Gott geholfen," sprach er ruhig und mitleidvoll zu ihr, die sich halb augerichtet hatte und ihn summ anschaut. "Dein Gott ist nur für die Reichen da, die nie zu ihm beten und doch alles und mehr haben, als sie selbst wünschen."

Der Kranke hielt erschöpft inne. Die Frau schwieg und blieb in sich versunken. Nach einer Weile, deren Stille nur durch den schwergängigen Atem des Mannes zeitweilig gestört war, antwortete sie mit so verändertem Stimme und so leidenschaftlich, daß es aufhorchte: "Jetzt weiß ich, daß unsere Not ein Ende hat. Ein Menschen wird kommen", und dann fast jubelnd:

"Da ist er schon." Denn von der Treppe her wurden Schritte vernehmbar, die sich unter dem knarrenden Geräusch der trockenen Stufen und der Tiefe der Tür näherten. Vor ihr verharren sie, als ob der Unbekannte sich von der Richtigkeit seines Weges überzeugen wollte.

Die beiden Wohnungsinwohner harrten. Die Frau in der Aufregung des Siegesbewußtseins. Der Bettlägerige ungläubig gespannt. Sie sprachen kein Wort.

An der Zimmertür klopfte es kurz und hastig, sie wurde ohne eine Aufforderung weit geöffnet. Auf der Schwelle stand ein Mann in den mittleren Jahren und in der Uniform eines Staatsbeamten. Unter dem Arm trug er eine einkleidete Aktenmappe, der er schnell ein Schlüssel entnahm.

"Der Gerichtsvollzieher!" Die Frau kürzte ohnmächtig zu Boden. Der Kranke quittierte mit kurzem Aufsehen und wollte aufspringen, fiel aber träge zurück. Der Beamte bemühte sich losflüchtig umzutun, die Ohnmächtige . . . Auf dem mit vielen Stempeln versehenen Dokument aber stand:

"Da trok wiederholter, ergebnisloser Mahnung die fällige Kirchensteuer nicht entrichtet wurde, ist laut Gerichtsbesluß die Pfändung des traglichen Betrages angeordnet . . ."

Scharimacherparade in Dresden

Am 10. Februar hält in Dresden der Industrie-Ausschuß der Deutschen Volkspartei seinen ersten diesjährigen Kongreß ab. Es werden Referate angekündigt des volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Generaldirektor Albrecht, Hannover. Zur Tagessordnung stehen die wirtschaftliche Lage Deutschlands und das "Verhältnis der Wirtschaft zur öffentlichen Organisation". Die Tagung soll dazu dienen, den Druck der Großkapitalisten auf die Gesetzgebung zu verschärfen. Es wird eine ähnliche Parade aufzutragen wie die "Grünen Wochen" der Januar. Die Commiss von wegen der Bourgeoisie, die Herren Minister des sächsischen Bürgerblods werden zur Beschriftung auf dieser Tagung prompt antreten.

Der Gesamtvorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller hat in seiner Sitzung vom 26. Januar beschlossen, die diesjährige Hauptversammlung des Verbandes am Freitag dem 16. März im Vereinshaus zu Dresden abzuhalten. Wie in jedem Jahre, so wird auch dieses Mal wieder die Hauptversammlung des Verbandes Sächsischer Industrieller zu der üblichen Scharimacherparade ausgestattet werden.

Unglaubliches aus der Anton's-Markthalle

Am 29. Januar 11 Uhr kamte ich mit meiner Frau in der Anton's-Markthalle bei der Standinhaberin Frau Margarete Bahrtmann, die zwei Stände besitzt, in der ersten Halle auf der Galerie Schweinsbeine, die mit 5 Pfund für 1 Mark ausgezeichnet waren. Als Arbeitsloser muß man mit der Unterstützung sehr sparsam umgehen. Als wir nun zu Hause die Schweinsbeine kochten, kannten sie im Wasser schon wie die Pest. Meine Frau hatte kein Vertrauen selbige mit zu essen, ich gabs daher das Wasser ab und kochte sie im frischen Wasser noch einmal. Jetzt ließen diese Schweinsbeine schwarz und blau an. Ich enttäuschte mich, dieselben nach dem 1. und 2. Wohlfahrtsbesitz zu bringen. Dort liegt der dienstuende Inspektor durch einen beamten diese Schweinsbeine bei einem Sachverständigen untersuchen. Besund: sehr unansehnlich und nicht genießbar. Selbige wurden sofort zur ärztlichen Untersuchung nach der Abteilung im Schlachthof gebracht. Am Montag früh mußte ich mit einem Beamten durch die Anton's-Markthalle, dort wurden die noch in Päckchen befindlichen Schweinsknochen beschlagnahmt und aus dem Verkauf entzogen. Ein Kilo davon wurde durch den Beamten gekauft und zur Untersuchung nach der Sanitätsabteilung im Schlachthof gebracht. Dann wurden auf mein Drängen noch die Lager der Frau Margarete Bahrtmann im Keller beschlagnahmt, wo ich leider nicht mit hinunter durfte. Es wurde mir von den Fleischern der Anton's-Markthalle versichert, daß ich alle schon bald bei der Markthallen-Berwaltung beschworen habe, wenn Bahrtmann ihre Fässer ausschütten, könnte er wie die Pest im Keller. Bei der Beschlagnahme ereiferte sich Frau und Herr Bahrtmann und erschraken: "Was wollen Sie denn, die Schweinsknochen sind alle gut und einwandfrei." Darauf antwortete der Ausschreiter der Markthalle, der mit der ganzen Bevölkerung mit zugesogen war: "Aber nun hören Sie aber auf, Frau Bahrtmann, ziehen tun die ja abscheulich." Ich wollte nun als Arbeitsloser die 1. Mark zurück haben, so lagte Herr Bahrtmann: "Erst will ich wissen, wie die Ware befinden wird." Am Dienstag früh sollte ich mich wieder auf dem Wohlfahrtsbesitz einfinden, dort wurde mir Herrn Oberkommissar erklär: "Herr Dr. Jumpe hat die beschlagnahmte Ware für den menschlichen Genuss für untauglich erklärt und dielebe beschlagnahmt. Sie sollte nur verkauft, daß Herr Bahrtmann mit meine Mark zurückgibt, sollte er sich weigern, so müßte ich ihm wegen der 1. Mark verlogen und sie wollten mit — wie großzügig — ein Mittelsstandszeugnis geben. Als ich nun bei Herrn Bahrtmann, am Stande in der Halle erschien und ihn über den Besund Meldung machte, was er fürchterbar aufgetragen und lagte, ich sollte sie bei dem Großschlächter Gleisch, Oberseestraße, wo er die Ware gefeuht habe, meine Mark holen. Ich beobachtete nun zu Herrn Gleisch, ehemaliger Hoffliegerant St. Majestät August von Sachsen, brachte meine Sache zur Sprache und dort wurde

Kino und Büste

"Der Graf von Luxemburg"

Zentraltheater

Das "Greinste" des Abends hieß: Wolf Lüthmann, der in der Partie des Heiratsgrafen René fröhliche Umgänge lieben wollte. Sofort war die "Fröhlichkeit" nur sehr bedingt. Es ist eben kein sehr gewagtes Experiment, vom hohen Opernstil des Lohengrin, Parsifal, Pedro u. w. Tenors den Schritt zur Operette zu riskieren. Ein Experiment, das mit unbekreidbarem Erfolg Rich. Tauber in Lehns "Baganini" und "Jarewitsch" vollzog. Lüthmann, vermutlich vor dem Dreidner Publikum besonders gebremst, vermocht weder himmlisch noch im Spiel reizlos zu bestreiten. Details waren wie uns noch im Spiel reizlos zu bestreiten. Details waren wie uns angesichts der betrüblichen Tatsache, daß ein Künstler mit der Vergangenheit Lüthmanns gewungen zu sein scheint, der "leichtgeschätzte" Muße in dienen.

Überhaupt: Muße? Die Operettfabrik Bodenbach-Wilhelmsdorf hat vor 25 und mehr Jahren ein Teatrino geschaffen, das allen Wünschen genügt. Auch unseiner! Denn warum sollten auch wir uns nicht erfüllen, wenn ein Gros um 500.000 Mark eine Scheineinlage eingeht. Stromann eines trocken läufigen Fürsten Ball Baßlowitsch, um schließlich nach Zustimmung seines "Kavalierlehrenwörtes" sein scheinhelles Werk, die Ouvertüre (!), zu breiten. Die Konstitution seiner Güter, die Russland wird aufgehoben und ihm, René, ist das gleichgültig, untermalen ihm der Duft eines Parfums Tantau-schauen bereitet, ehe er sie geschleift ist, u. u.

Das kann auch heute sehr nette Werbung tun, denn es ist ja heute durchaus noch so, wie einst im War". Auf der einen Seite überwältige Praderie und Pigozerei als Darmstiel zuckiger Manipulationen; Romantisches, Titelheit, Traum und Handlung — auf der anderen Seite Beharrung und Zuthaus für "stilistische Verfehlungen". Bloß möchte man diese Zimmerschlüsse parodistisch, karikaturistisch, grotesk a la Tito offiziell aufzischen.

Maria Seraf. Otto Hell, Curt Waterstradt, Daniel Sands seien noch lobend darzustellen. Sie seien ausgesucht aus und sanges so gut als man es nun eben von Berliner Operettendamen erwarten kann.

Der immerhinmolle Kapellmeister Werner Goebel nahm die Tempi oft sehr eigenwillig und leichtsinnig (Ende ist 220!), wobei aber die entzündenden Melodien Léhar's in tausend Richtungen spielen zu lassen.

Hört heil oben: es ist einer kommen und den Großen von Luxemburg als Schwarzerrot-goldene Parodie zu interpretieren,

"Mraune" — Capitol

Wenn den bürgerlichen Film etwas auszeichnet, dann ist es das ansonstige Bekreiten, die königlichen und sozialen Bilder, die heutigen Gesellschaftsordnung zu verschleiern. Den Inhalt der heutigen bürgerlichen Films Bildern wohl die "simplifizierten" Produkte, in denen lernuelle Probleme "behandelt" (man lese: mißhandelt) werden. In dielem vollkommenen Unvermögen, die heutige Gesellschaft und ihren Zerfall gleichzeitig aber auch einen Ausweg rückwärtsweisend zeigen zu können und wollen!), liegt die typische und katastrophale Schwäche auch dieses Films. Henry Galeon hat nach dem "Verfahren" Roman H. H. Ewers den Film gemacht; den Verfaßt, etwas Neues und Wermesches von der üblichen "alten Platte" Abweichendes zu schaffen, ist wieder einmal glänzend daneben gelungen, wenn man berücksichtigt, daß in diesem Bilderspiel die "Dose" dem schon von altersher bekannten Abenteuer bestimmter verdummter Schichten eines Volkes entnommen ist. Die Sage von der Kraniumswurzel muss gewartet mit dem Problem künsterlicher Befreiung, der Handlung des Films in einem überaus "logischen Aufbau" verfehlten. Abgesehen von dieser sehr sad wirkenden "Dose" bringt der Film

inhaltlich nichts Neues, sondern bewegt sich durchaus in der Linie der bisher von der deutschen Filmindustrie geschaffenen nichtsagenden Produkte. Die ganze grenzenlose Durchdringung der bürgerlichen Klasse vor einem ehrlichen Aufzeigen der klassischen Verirrungen und Nöte, die begründet sind in dem kapitalistischen Profitinteresse, zeigt sich in diesem unwahren Filmprodukt. Kann man ihm nicht offen über die bestehenden Dinge sprechen, die Geschichte der bürgerlichen Klasse in jeglichen Fragen aufzuzeigen, so kann man doch das ganze Problem gelegentlich mit dem Schleier der Mraune, des Geheimnisvollen umkleiden und dem "Publikum" bringen . . .

In "Metropolis" wurde Brigitte Helm durch modern-klassische Fortschritte ein "menschliches Weinen", hier wird sie's aus einer Kraniumswurzel oder dergleichen. So wenig der "Menschennelch" der Brigitte Helm aus "Metropolis" mit den sozialen Gegenwartsfragen zu tun hatte, so wenig darf man es von dieser "Mraune" in bezug auf sexuelle Gegenwartsprobleme behaupten.

Was und wen will man mit diesen Filmen eigentlich etwas sagen? Den wertlängigen Schichten können solche Filme nichts bringen! Sie können höchstens als Beweis einer unglaublichen Hilflosigkeit und grenzenloser Ausweglosigkeit bürgerlicher "Kunst" den brennendsten Fragen unserer Zeit gegenüber dienen.

Neue Kunst Tides

Museumsdirektor Dr. Schardt, Halle, eröffnete am 4. Februar 12 Uhr eine Ausstellung neuer Gemälde und Zeichnungen von Leonel Feininger mit einer weitaußgedehnten Ansprache. Jurügebene bis zur Frührenaissance zeigte Dr. Schardt die Zusammenhänge von Kunst und Wissenschaft, Mathematik und Malerei am Beispiel Leonardo da Vinci auf. Es war ferner viel die Rede von Relativität („Das Gegebene ist nicht die Realität“). Symbolismus („Das Bild ist nur ein Symbol funktionellen Ablaufs“) und anderen Grenzziehungen.

Die Philosophen Adam Müller, Helmholz und moderne Physiker wurden beschworen und alles einzigt zu dem Zweck, um zu der „erziehenden“ (?!?) Schulung zu gelangen: „Zumutbarkeit dieser Relativität sieht das erziehende Werk.“

Bei dieser Einführung schien uns — statt erleichtert, die intellektuelle Kompliziertheit der Arbeiten Feiningers zu föhlen, sehr erschwert.

In 29 Gemälden gibt Feininger einen Überblick über sein neues Schaffen, Städtebilder, Dämme, Architekturen, Segelsachen und wieder Segeljachten und Architekturen. Selbst wenn es dem intellektuell unbefriedeten Peipper möglich wäre, wenn es die hellischen Bezüge der Feiningerischen „Gebilde“ vorzuzeigen, so würde er doch dort nichts Weisenwertes, gescheide revolutionär sein Erleben Auszuwählendes.

Die überumrahmten, geometrisch aufgeteilten Bildern, die linearen Lichtbrechungen und architektonischen "Formen" mögen östlichen Idealisten willkommen Augenweide sein. Auch ist zu denken, daß eine der "schönsten" Segeljachten zum Beispiel ein modern-mondanes Zimmer schmückt. Indessen bei allem Spiel vor dem handwerklich-mathematischen Können, dem künstlerisch-philosophischen Willen Leonel Feiningers bei der Gestaltung seiner Formen und Lichtprobleme — einen für eine neue dem Proletariat weisenwertige Kultur herzuleitbaren Weg hat er nicht gewählt. Das künstliche Erleben ist für den Proleten lebenswichtig! Allzugegen verzögert er auf mystische Detektive.

Der Leiter der Neuen Kunst Tides Rudolf Probst bleibt jedoch zu bedauern, für seine zeitnahe Künstlergruppe, die sich durchaus nicht nur mit "Prominenten" und "Arrivierten" beschäftigt.

die ihre Spize gegen die Volkschule richten und den Charakter von Ausnahmebestimmungen tragen. Mit Bedauern muss festgestellt werden, daß sie auf Betreiben lästiger Reichstagsabgeordneter zu standen kommen sind. Die jährlinge Gemeinschaftsschule, die schon vor dem Kriege im Entstehen begriffen war, wird deshalb hart betroffen und den andern Schulen im Reich gegenüber benachteiligt.

Der Dresdner Lehrerverein muß auch gegen den abgeänderten Reichsschulgelehrentwurf Einspruch erheben, und erwartet vom Reichsrat und Reichstag, daß sie ihm ihre Zustimmung verlängern. Der Reichsschulgelehrentwurf darf nicht Gesetz werden.

QQ-Kundgebung in Reid

he. Am 3. Februar fand im Galithof Reid eine QQ-Kundgebung statt, die einen noch nie dagewesenen starken Beifall zu verzeichnen hatte. Jista 300 Personen füllten den Saal, während eine ganze Anzahl keinen Eintritt mehr finden konnte. Der Volkshof Dresden-Südost hatte sich anstrengenswerterweise bereit erklärt, durch Darbietung einiger Tendenzsätze mitzuwirken. Er eröffnete die Veranstaltung mit "Trotz Freiheit" und "Wer ist frei?" Dem folgten Aktionen des Genossen Bochmann, die im Zusammenhang mit den vorzüglichen Leistungen des Groß-Dresdner Sprechhofs den Höhepunkt der Veranstaltung bildeten. Auch die Leipziger Schauspielertage bot herzragendes. Schließlich sang der Volkschor noch "Ein Sohn des Volkes" und "Empor zum Licht". Auch hier Leistungen, die dankbar angenommen wurden, war misslung. Trotz allerdem hat diese Kundgebung bewiesen, daß auch in Reid die Bewegung vorwärts geht und die Massen immer mehr zur KPD strömen.

Lebensmüde... Von der Augustusbrücke versuchte ich Montag nach eine Frau in die Elbe zu stürzen, wurde jedoch von Polizisten festgehalten und zur Sanitätswache gebracht.

Die Feuerwehr wurde am Dienstag zu einer Sauerstoff-Hilfseileitung nach der Tschelener Straße 48 gerufen, wo sich ein 22-jähriges Dienstmädchen mit Gas vergiftet hatte. Beim Eintreffen der Feuerwehr war jedoch die Unglücksfeuerwehr verstorben.

Bei einem Straßenbahnzusammenstoß zwischen einem Kastenwagen der Straßenbahn und einem Triebwagen der Linie 10 wurden einige Personen verletzt.

Diebstähle... In der Nacht zum 6. Januar wurde aus einem Kontor auf der Bremer Straße eine Schreibmaschine, Marke "Exelior" Nr. 2844, gestohlen. Weiter wurden flüssig aus einem Kellerraum im Grundstück Sachsenallee 1 entwendet: Drei Liersflossen Abteigold, 10—15 Pflocken Weißwein, eine dicke Holzkiste, 1x0,50 groß, eine Anzahl Süße und Briefe.

Gewarnt wird vor einer rossinierten Betrügerin, die fürzlich im Grundstück Mathildenstraße 6 eine 74 Jahre alte Rentnerin um 30 Mark schädigte. Die Schwindlerin reiste der alten Dame vor, sie sei Angestellte des Frauenbundes und habe ihr 10 Mark Rente, die sie von nun an jeden Monat ausgezahlt erhält, zu übergeben. Gleichzeitig handigte sie der Schuldigen einen alten Kurs gelehrten Hundertmarkchein aus mit der Bitte, ihn doch den überzähligen Betrag zurückzuzahlen. In ihrer Freude ist die Greisin dem Wunsche der Schwindlerin nachgekommen, die mit dem erhaltenen Gelde sofort verschwunden ist. Beschreibung: etwa 30 Jahre alt, 150—160 Zentimeter groß, unterlebig, rosiges, gefundenes Gesicht, dunkle Haare. Sie war bekleidet mit schwarzen Jädeli und trug eine Altenmutter mit handblicher bei sich. Bei ihrem erneuten Auftreten sollte die Kriminalpolizei verhindern.

Betrüger fehlgenommen. Wie bereits mitgeteilt, wurden in letzter Zeit in Vorstadt Cotta eine Anzahl Geschäftsställe von einem unbekannten Betrüger, der sich als Betriebsratsmitglied einer kleinen Firma ausgab und Bestellungen auf Waren machte, um Geldbeträge geschädigt. Als der Täter am 6. Januar beim Betriebsratsvorsitzenden wiederholte, wurde er von der Kriminalpolizei festgenommen. Es handelt sich um den 40 Jahre alten Fleischer Karl Gallert von hier, der bereits wegen gleicher Beträgerfehlgenommen. Wie bereits mitgeteilt, wurden in letzter Zeit in Vorstadt Cotta eine Anzahl Geschäftsställe von einem unbekannten Betrüger, der sich als Betriebsratsmitglied einer kleinen Firma ausgab und Bestellungen auf Waren machte, um Geldbeträge geschädigt. Als der Täter am 6. Januar beim Betriebsratsvorsitzenden wiederholte, wurde er von der Kriminalpolizei festgenommen. Es handelt sich um den 40 Jahre alten Fleischer Karl Gallert von hier, der bereits wegen gleicher Beträgerfehlgenommen.

Die Internationale

Zu der Pirnaer Aufführung des proletarischen Bühnenstücks, die am Freitag dem 3. Februar stattfand, schreibt uns ein Arbeiter: Der Geist von 1914 wird lebendig... Wir erleben noch einmal die "Auguststage". Peise steht in uns Erinnern an diese für die Arbeiterbewegung so entwürdigenden Tage vom August 1914 auf. Ja, so war es damals! Mit Entsegen lägen wir die Arbeiter eingeworfen in die Front der Imperialisten; erlebten, wie die "ausgestrahlte Arbeitervorhut", die Sozialdemokratische Partei, im Sturmschritt sich in die Front der kapitalistischen Mörder einreiht. Nur einzelne Arbeiter ahnen schon am ersten Tage des Kriegsausbruches: am Ende wird die Revolution stehen! Und sie beginnen zu organisieren und proletarische Revolution vorzubereiten. Im Felde draußen aber macht sich der frühere "Arbeitsführer" so "verdient", daß er zum Feldwebel, ja — zum Leutnant (!) aufsteigt. Was sind das gegen internationale Gründüfte und Brüderlichkeit, was ist dagegen die praktische internationale und proletarische Solidarität, die der Grenadier Blau zeigt. Der ist bereit, alles einzulegen für den französischen Genossen; er ist bereit, die "Soldatenknecht" zu opfern — für die Klassenfeinde. Der sozialdemokratische "Leutnant" aber gibt den Befehl, den französischen Genossen zu erschießen. Beide waren einstmal Delegierte der gleichen internationalen Tagung. In die Klänge der Internationale, die der französische "Bloui" und der deutsche Grenadier singen, knattern die Gewehre. — Wegen Spionage erschossen. Der deutsche Genosse Blau aber weiß nun, jetzt gibt es nur noch eine Aufgabe: den Sodaten rücksichtslos die Wahrheit über den imperialistischen Zweck zu zeigen und sie zum Kampfe zu führen — gegen den Klassenfeind. Grenadier Blau schreit in der Schlusszene die Wahrheiten hinaus in den Zuschauerraum, hinaus in die kapitalistische Welt. Es sind die Wahrheiten Liebneches und Goetheburgs, die Wahrheiten Lenins. Die Welt des guten Menschen wird erst erscheinen, wenn durch den radikalen Klassenkrieg die Welt der Ausbeuter und Unterdrücker vernichtet ist. — Arbeiter spielen ihr Leben. Die glänzende Aufführung zeigte, daß keine Wille und gebündigte Energie auch die größten Schwierigkeiten überwinden kann. Was sind dagegen kleinere Mängel und Ungleichheiten, die selbstverständlich auch da sind? Diese Ausführung ist kein bürgerlicher Schmuck und kein "rotroter Budding" von der Art der "Roten Ratten", es ist proletarische Kraft, wert, noch von anderen Organisationen und an anderen Orten dargeboten zu werden.

Pirna. (Jugendsfeier.) Die Vorbereitungskunden heissen Sonnabend den 11. Februar um 15 Uhr, und zwar für Mädchen in der Schule am Dohnischen Platz und für Knaben in der Schule auf der Nicolaistraße. Die weiteren Zusammenkünfte finden für Knaben jeden Mittwoch, für Mädchen jeden Sonnabend von 15 bis 17 Uhr statt. Die Jugendsfeier wird am Sonntag dem 26. März im Volkshaus durchgeführt. Anmeldungen hierzu können noch getätigt werden.

Pirna. Zum zweiten Male führte am Freitag dem 3. Februar im Volkshaus die neuorganisierte Agitpropgruppe die Tragikomödie von Hallappu auf. Der Besuch war zwar zu männlichen übrig, um so mehr gab sich die Agitpropgruppe Mühe, den Charakter der Aufführung herauszuarbeiten. Mit Begeisterung stellten wir fest, daß viele Arbeiter erschienen waren, in denen wir sonst selten sprechen können. Vor Beginn der Vorstellung sprach zunächst Genosse Wolf, Dresden über: "Warum müssen Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeiterstimme haben?" In marxistischen Sälen verstand er es, den Hörern die Notwendigkeit vorzutragen, daß in einer Arbeiterwohnung die Arbeiterstimme gehört. Mehrere Bestellungen für die Arbeiterstimme wurden am Schlus gemacht. Dann ging die Zeit vom 4. August 1914 bis zum Ausbruch der russischen Revolution über die Bretter, oft große Beifallsludgebungen herausrückend. Eine große Belebung der Arbeit wollten wir unterlassen, die Arbeiterschaft des US Pirna dürfte noch Gelegenheit haben, zu sehen und zu hören, was ihnen die Agitpropgruppe zu sagen wünschte ist. Dankbar soll auch der Kapelle des Roten Frontkämpferbundes gedacht werden, die sich hilfsbereit der Agitations- und Propagandagruppe (das heißt nämlich Agitprop), mit ihren künstlerischen Leistungen zur Verfügung stellten.

In einer Pause benutzte Genosse Klett noch die Gelegenheit, das Justizverbrechen gegen Stefanow in Rumänien Siedlung zu nennen und verlos folgende Resolution, die dann einstimmig angenommen wurde:

Resolution

Mit Empörung und Wutnehmen nehmen die am 3. Februar 1928 im Rahmen einer künstlerischen Aktion veranstalteten Arbeiter und Arbeiterinnen Kenntnis von dem unerhörten Tatenverbrechen, das die rumänische Regierung an dem Arbeiterführer

Boris Stefanow zu verüben gedenkt. Sie fordern mit aller Entschiedenheit die sofortige Freilassung von Boris Stefanow und der übrigen Klassengenossen, die man mit unter Anklage gestellt hat.

Die Versammelten fordern die Klassenbewußte Arbeiterschaft auf, überall in den Betrieben und Arbeiterorganisationen zu dieser Provokation Stellung zu nehmen, damit ein ähnliches Verbrechen, wie es an Sacco und Vanzetti verübt wurde, in leichter Stunde verhindert wird.

Die Versammelten fühlen sich eins mit den Kämpfern der proletarischen Sache in allen Ländern; sie legen nicht nur die rumänischen, sondern allen kapitalistischen Regierungen den schärfsten Kampf!

Nieder mit der Klassenjustiz!

Wenn auch gestern der Zustrom der Arbeiterschaft noch nicht befriedigend war und die große Masse noch den frischigen Hampelemann und andere solche arbeiterfeindliche Beratungen belustigt, so sind wir uns bewußt, daß bei weiterer intensiver Arbeit eines jeden unserer neuen Truppe die Arbeiterschaft sehr bald erstaunt haben wird, was sie hingehört, nämlich darin, wo ihnen der Weg gezeigt wird zur Roten Front, der zur Befreiung der Werktätigen aus der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung führt.

Wissen ist Macht!

Dohna. Heute abend Punkt 19 Uhr in der Wärmehalle auf dem Sportplatz in Dohna. Dasselbe Fortsetzung des Themas "Katholische Opposition" (Welch Unsachen führen zum Missglück von Troppau und Sinjenom?) Der erste Abend am Mittwoch war gut besucht und sehr interessant. Der heutige zweite Abend wird zweifellos, da das Hauptthema wiederum durch Genossen Klett aus Pirna behandelt wird, noch interessanter und wird eine rege Diskussion auslösen. Zum ersten Abend fand sich auch ein Pirnaer Kreisfreiter der Unionen ein, der in längeren Ausführungen die von den russischen Partei bereits behandelten und veröffentlichten Fehler hervorhob, aber kein Wort von dem großen Fortschritte im Arbeiter- und Bauernstaat sagte. Genosse Klett versprach in sachlicher und klarer Weise keine gemachten Ausführungen, woran auch dieser Kleinschluß wurde. Wir würden ihm raten, ohne hierbei seine revolutionäre Tätigkeit zu verleugnen, sein Augenmerk mehr dort hin zu richten, wo die SPD eben indifferente Arbeiter bestimmen sind. Die SPD, als revolutionäre Vorhut des Proletariats, bedarf seiner Worte nicht mehr. Alle Dohnaer Leserinnen und Leser der Arbeiterstimme sind zu obengenannten Vorträgen hiermit eingeladen.

Dippoldiswalde. (Selbstmord.) Am Freitag dem 3. Februar ging die 55jährige Schneiderin Hel. E. Lehmann durch Gas in den Tod. Krankheit hatten ihr die Arbeitslast genommen, und Vater Staat durch die Inflation ihre Ersparnisse. Der Gedanke, mit der Not der Sozialarbeiterin bekannt zu werden, durfte sie zu diesem Entschluß getrieben haben.

Arbeiter von Freital!

Am Freitag dem 10. Februar 1928 Uhr spricht der Landtagsabgeordnete Bleier, Nies in einer

öffentl. Hüttensversammlung

Im Sächsischen Volk, Freital-Deuben über den Kampf in der sächsischen Hüttensindustrie. Die Auspeppung der Hüttensarbeiter muß von der gesamten Arbeiterschaft aufmerksam verfolgt werden. Der Ausgang dieses Kampfes ist von großer Bedeutung für die kommende Tarifbewegung in den größten Industrien.

Deshalb erscheint alle zu dieser Versammlung.

Kommunistische Partei, Bezirk Ostsachsen.

Arbeitslöhne...

Freiberg. Dem 65jährigen Arbeiter F. Sch. ging vom Wohlfahrtsamt die Auflösung zu, daß in der Stadt Arbeitsamt zur Arbeit zu melden, um sich seinen Lebensunterhalt selbst zu verdienen". Man muß schon sagen, im Freiberger Wohlfahrtsamt müssen wirklich Gemeinschaften vorhanden sein. Der 65jährige Arbeiter hatte sich im vergangenen Jahre (soweit er nicht kannte) alle Mühe gegeben, mit in Arbeit vermittelt zu werden, er wurde jedoch vom Arbeitsnachweis bei jeder länger andauernden Arbeit mit der Bemerkung „zu alt“ zurückgewiesen. Darauf, und durch die weitere Tatsache, daß ein 65jähriger Arbeiter natürlich leichter und öfter kann werden kann als ein 20jähriger, kam es, daß Sch. weder die Wirtschaft auf Erwerbslosen, noch Altersunterstützung erfüllt hatte, und demzufolge Altersunterstützung erhalten muß. Weil nun dies der Fall ist, hat das Wohlfahrtsamt ein billiges Rezept. Es stemptelt den alten Mann als arbeitslosen und verlangt: Arbeitserwerbnahme der Stadt. Arbeitsamt ist dabei noch, daß Sch. im vergangenen Jahre zum Aufbau des "Wettbewerbslebens" vom Arbeitsnachweis vermittelte wurde und dort infolge der jeder Bezeichnung spöttenden leichtsinnigen Aufsicht verunglimpft. Nach diesem Unfall war weder durch den Arbeitsnachweis als Vermittlungsstelle noch sonst woher der zuständige Arbeitgeber zu ermitteln. Sch. leidet heute noch an den Folgen des Sturzes, und nun mit einem Male findet das Wohlfahrtsamt das richtige Rezept zur Kur, es stemptelt den alten Mann als "arbeitslosen". Wirklich herrliche "Wohlfahrt" in dieser "sozialdemokratischen" Sozial- bzw. Wohlfahrtsstadt!

Sozialdemokratische "Arbeiterpolitik" im Freiberger Stadtparlament

Am Freitag dem 3. Februar spielte man im Ahnenhof wieder einmal Theater. Der deutsch-nationale Stadtvater Konz hatte befannlich seinen Prozeß gegen die Stadtvorordneten beim Oberverwaltungsgericht gewonnen. Nunmehr verlangt er für sich die Kosten des Rechtsstreites. Die Höhe der Forderung soll 1000 Mark betragen. Am Dienstag im Kreise seiner "Kollegen" Stadtvorordneten soll er davon geladen haben, daß aus diesen Kosten keine Bedarfe fürs nächste Jahr herauspringen müsse. Grund genug für Herrn Rother als "Reichsieur von Danzig", das mögliche Tantum zu klagen. Bei seinen Ausführungen erhielten aber die Arbeiter einmal gründlichen Anfeindungsunterricht, wie schön harmonisch es sich plaudern läßt nach den Anfeindungen einer Sitzung. Tressend zeichnete Gen. Kaul dieses Theater der Bürgerlichen mit am Freiberger Stadtkabinett SPD. Beim Punkt Geschäftsbereich der Stadt. Beziehe nahm Hertel (SPD) das Wort zu längeren Ausführungen. Er sprach sehr viel über die Geschäftsführung. Doch alles erinnerte, als der "Sozialdemokrat" dem Oberbürgermeister empfahl, höhere Preise für Wasser, Licht und Strom zu fordern. Selbst dem Direktor der Stadt. Betriebe, dem Führer der Freiberger Teno, war das zu viel. Er äußerte auf der Tribüne: "Von dieser Seite sollte man doch so etwas nicht erwarten". Hertel hatte ausgerechnet, daß wir in Freiberg das billigste Licht haben. Remmt das die SPD Arbeiterpolitik? Es soll uns nicht wundern, wenn nun der Ober eine Vorlage zur Erhöhung der Licht- und Wasserpreise herausbringt. Wie es denkende Arbeiter haben für eine solche Art Arbeitnehmervertreter nur einen "Pfui Teufel" übrig und werden zur gegebenen Zeit die Wähler auf die Ausarbeitervertreter aufmerksam machen.

An alle proletarischen Organisationen!

Lichtbildpropaganda

Das IK der KPD sowie das IK des KPD, das IK der KdF, die Bundesführungen des KPD und KFMB haben im Dezember 1927 eine Vereinbarung getroffen, im Interesse der gemeinsamen Lichtbildpropaganda eine zentrale Lichtbildstelle zu schaffen für den Betrieb von Bildschranken und Lichtbildserien auf Filmplatten.

Die Herstellung und der Betrieb ist dem Photodienst des KdF in Berlin SO. 16, Südstadtstraße 2, Stad. Telefon Kottmann 63-56, übertragen. — Anfragen sind dorther zu richten.

Der Leuchtturm

unseres neuen Fabrikgebäudes wird nun bald zu den Wahrzeichen Dresdens gehören. Über 42 m hoch, umfasst er 12 Stockwerke. Die letzten drei Stockwerke werden abends in grandioser Weise erleuchtet werden. Dieses äußere Zeichen der enormen Entwicklung unseres Unternehmens ist das beste Zeugnis für die Güte unserer Marken.

Grueling Auslage - 5s

in der neuen Samson-Kantini-Mischung also aus besten türkischen und mazedonischen Tabaken hergestellt, kann nicht übertroffen werden. Sie ist auch für den verwöhntesten Raucher der größte Genuss.

Für besondere feierliche Anlässe empfehlen wir Ihnen unsere Juwel zu 6s

Befehlt den Anfangen!

Gollen die Gewerkschaften erneut verschlagen werden?

Für etwa 415 Millionen Industrie- und weitere 114 Millionen Landarbeiter laufen in diesem Frühjahr die Lohn- und Arbeitszeitkämpfe ab. Podest auf die bisher bereits erzielten ungeheuren Gewinne und auf die wohlgefüllten Stiefelsoßen, gehen die Unternehmer rücksichtslos zum Angriff über, wie es nach der Bewegung in der Schweizerindustrie jetzt bei den Metallarbeitern im mitteldeutschen Tarifgebiet zeigt. Außer ihnen stehen bereits die wichtigsten Industriegruppen im Arbeitszeit- und Lohnbewegungen. Eisenbahner, Gemeinde- und Staatsarbeiter, Bergarbeiter usw.

Die Haltung der deutschen Metallindustriellen anlässlich des jetzigen Kampfes in Mitteldeutschland liefert den kläglichen Beweis, daß sie in einheitlicher Front marschieren und doch gewillt sind, gegen die sich zur Wehr setzende Arbeiterschaft alle Machtmittel zu verwenden.

Und die Arbeiterschaft? Wie müßte sie sich gegenüber ihrem geschlossenen auftretenden Feind verhalten? Die Antwort liegt eigentlich auf der Hand. Die Arbeiterschaft müßte noch geöffnetere als die Unternehmerfront auftreten und sich ihrem gut organisierten Feind mindestens ebenso stark organisiert und diszipliniert entgegenstellen.

Leider ist es aber eine Tatsache, daß Millionen von Arbeitern, Angestellten und Beamten der gewerkschaftlichen Organisation überhaupt noch fernstehen, die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisationszugehörigkeit zum großen Teil noch nicht erkannt haben. Außerdem hemmt die gewerkschaftliche Zersplitterung nach nationalen, religiösen und sonstigen Ausdrucksformen die schnellere Zusammenfassung aller Ausgebeuteten ohne Unterschied in einer einheitlich organisierten Kampffront. Gewiß ist es erfreulich, daß die freien Gewerkschaften im letzten Jahr um etwa 500 000 Mitglieder zugenommen haben. Millionen der noch unorganisierten Arbeiter können und müssen aber noch gewonnen werden, um mit ihnen gleichzeitig den verstärkten Kampf gegen die gewerkschaftliche Zersplitterung, für eine Zusammenfassung aller Ausgebeuteten in den freien Gewerkschaften zu führen.

Ohne auf alle Gründe einzugehen, die die Neugewinnung von Mitgliedern und damit die Stärkung der freigewerkschaftlichen Kampffront verhindern, soll aber dennoch auf eine der wichtigsten Fragen hier mit eingegangen werden, die einen großen Hindernisgrund für eine stärkere Werbekraft zum Ausbau der freien Gewerkschaften bildet.

Insbesondere im Einheitsverband der Eisenbahner, im Deutschen Metallarbeiterverband und im Bergarbeiterverband machen in der letzten Zeit sich Bestrebungen der reformistischen Gewerkschaftsführer geltend, durch härteres Vorgehen gegen oppositionelle Verbandsmitglieder eingesetzte Mitglieder die freigewerkschaftliche Kampffront noch mehr zu verschlagen, als es bisher schon zu verzeichnen ist.

So wurden im Einheitsverband der Eisenbahner in der Ortsgruppe Königsberg mehrere Mitglieder ausgeschlossen, die Jahrzehntlang in den vorherigen Reihen dieses Verbandes und unter den schwierigsten Bedingungen mitgetämpft und mißhandelt hatten. Im Deutschen Metallarbeiterverband werden Ausschlußverfahren eröffnet, immer von dem Wunsche geleitet,

die oppositionellen Verbandsmitglieder aus den Verbandsversammlungen bzw. Körperschaften zu entfernen, sie von jeglicher gewerkschaftlichen Mitarbeit auszu-

schließen.

Auch im Bergarbeiterverband hat Husemann zur Einsicht der Arbeitszeit- und Lohnbewegung nicht den Kampf gegen die Unternehmer, sondern zu ihrer Benutzung den schwierigen Kampf allen oppositionellen Verbandsmitgliedern angesetzt. Das hat bereits dazu geführt, daß, wie im Eisenbahnerverband, so auch jetzt im DMB und BAB eine Reihe von Ausschlußverschärfungen eingeleitet ist.

Einstmal war es bereits den Reformisten gelungen, die Gewerkschaften zu verschlagen, die Reichen der freigewerkschaftlichen Arbeiterschaft zu zerplätzen und damit praktisch den Anteil der Bourgeoisie zu dienen. Mit der Verschlagung der freien Gewerkschaften begann der schamlose Raub des Achtundertages, die Einführung der verlängerten Arbeitszeit und aller anderen Maßnahmen, denen die Reformisten infolge ihrer arbeitsgemeinschaftlichen Politik mit dem Unternehmertum für den Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft ihren Segen gaben. Niemals darf es die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft zulassen, daß sich dies traurige Beispiel wiederholt. Die jetzt ernst einzige Ausschlußpraxis der Reformisten macht es zum Gebot der Stunde, diesen Anfangen von Anbeginn den größten Widerstand entgegenzusetzen, wenn nicht die Kampfesfront in den bevorstehenden großen Auseinandersetzungen von mehr als 5 Millionen Arbeitern gegen die Unternehmerfront durch die Reformisten geschwächt werden soll.

Nicht Schwächung und Zersplitterung der organisierten Reihen der Arbeiterschaft durch neue Ausschlußmaßnahmen, sondern Ausbau und Stärkung der freien Gewerkschaften muß das Ziel aller Arbeiter sein, um mit ihrer Hilfe den schwierigen Klassenkampf in einheitlicher Front gegen das Unternehmertum in den großen Auseinandersetzungen dieses Frühjahrs zu erobern.

Unter den Mitgliedern der gewerkschaftlichen Organisationen bestehen über Taktik und über die Politik der Gewerkschaften tiefe und weitgehende Gegensätze. Neben all diese Fragen jedoch, wie man am ausschließlichten die Klasseninteressen der Arbeiterschaft im Kampfe durchsetzt, muß in den Versammlungen der einzelnen Verbände gepröft und der dann zum Ausdruck kommende Willen der Mitgliedschaft zur Abschaffung des Handels erhoben werden. Zweifellos trifft es zu, daß dabei von dieser oder jener Seite ein unabdingbarer Widersatz, das unendlich wäre. Aber es sind Arbeiter, die so arbeiten. Wenn es dann wegen solcher Redewendungen von Seiten der Gewerkschaftsführer Ausschluß gegen die Beteiligten organisieren werden, wie es der Fall ist, dann müßte dies auf den entscheidenden Widerstand aller Verbandsmitglieder hoffen. Nur, wo die freie Meinungsäußerung erlaubt, durch Ausschluß geahndet wird, muß eine Friedenshölle eintreten zum Nachteil und Schaden der gesamten Organisationen.

Jeder organisierte Arbeiter muß bedenken, daß Ausschlässe nicht nur zerstrend auf die übrigen Verbandsmitglieder wirken, sondern auch die Unorganisierten vom Eintritt in die Gewerkschaften abhalten. Die gewerkschaftliche Werbekraft muß darüber leiden, wenn die Unorganisierten sehen, daß die eigene Meinung der Verbandsmitglieder auf solche Weise unterdrückt und mit Ausschluß bestraft wird.

Wo deshalb derartige Verkäufe unternommen werden, wo auch nur der Schritt dazu eingeleitet wird, aus politischen Gründen gegen einzelne Verbandsmitglieder Ausschlußverfahren zu eröffnen, da heißt es, es zu nehmen. Den reformatraktiven Gewerkschaftsführern, die derartige Ausschlußmaßnahmen einleiten, billigen oder unterstützen, muß ein energisches Schild aufrichten und zum Bewußtsein gebracht werden, daß an der Gewerkschaftsorganisation nicht gerüttelt werden darf!

Nicht Ausschluß und Kampf gegen die Opposition, sondern Ausbau und Stärkung der freien Gewerkschaften zum geschlossenen, kläffenden Kampf gegen die Unternehmerfront muß das Ziel und Handeln aller Arbeiter sein, ohne Rücksicht darauf, ob sie Sozialdemokraten, Kommunisten oder parteilos sind.

Die Betriebsvereinigung der AG. Hartmann & Co.

Die Arbeiter liegen aufs Blaue

Was schon so lange Zeit als Gerücht herumschwirrt: "Hartmann macht die Pade zu", wird nun endgültig Wahrheit. Bis zum 30. Juni 1928 müssen sämtliche Räume leergeräumt sein. Der Pachtvertrag lief ursprünglich bis 1930. Von den Fehlgläsern soll ein Teil, soweit sie für das Unternehmen wertvoll sind, mit nach Chemnitz genommen werden; der andere Teil wird auf das Kloster gelegt. Am härtesten trifft es allerdings die älteren Kollegen, die damals auch von der AG von Hartmann übernommen wurden und durch das energetische Auftreten des Betriebsrates bis jetzt im Betrieb ohne Lohnkürzungen gehalten wurden. Es besteht keine Möglichkeit viele Kollegen unterzubringen. Die Betriebsleistungen anderer Werke, z. B. Clemens Müller, weilen sich heute einzutunen, die zwar förperlich noch außerordentlich tüchtig, sonst aber eben alt und gray geworden sind. Die Direktion des Werkes verucht, die qualifizierten Arbeiter bei den Verbundfirmen unterzubringen. Wie das von den Firmen selbst geschieht, steht bis jetzt. Die Musterbude Auerbach u. Co. soll in ihrer Tätigkeit geändert haben: "Wenn Ihr nicht so mitspielt, wir bekommen von Hartmann Leute, wie wir sie brauchen." Die Auerdachshäuser dürfen die Rechnung wohl ohne die Hartmannschen Arbeiter gemacht haben; unter diesen dürfte es kaum Lohndräder geben. - Bevorstehen werden von dieser Verschiebung jetzt 1200 bis 1300 Personen. Während der Kriege und Rationalisierung ist die Belegschaft schon einmal um die Hälfte verringert worden. Man fragt sich nun: wie kann man einen so gut eingerichteten Betrieb so einfach abbrennen? Der Streit bei den Tischendenschludern geht schon länger. Die Pfunde waren nicht ganz so fest wie erwartet. Ob der "Gehaltsentspannung" des Generaldirektors Krüger durch die "möglichen" Dividende zerrüttet worden ist, entzieht sich unserer Kenntnis. In Chemnitz können in mehreren Zweigwerken circa 6000 Arbeiter beschäftigt werden. Beschäftigt werden nach unseren Informationen aber nur circa 1500. Worin liegt nun dieser Niedergang begründet? Chemnitz hat Lokomotiven, Werkzeugmaschinen und auch wohl vereinzelt Kofeteinrichtungen.

Man mußtelt, die Beziehungen der SMV zum jüdischen Staat waren recht gute, und man erhielt immer die Aufträge

in Lokomotiven. Die Produktion in Werkzeugmaschinen usw. wurde arg vernachlässigt, so daß unsere Kollegen von der Chemischen Produktion sagen: "Sie ist vorläufig still." Als die Reichsbahn-Gesellschaft auch die jüdische Bahn übernahm, kam Hartmann mit seiner vorläufigen Produktionsweise ins Hintertreffen. Es gab so gut wie keine Aufträge mehr. Während dessen wurde das Dresdner Werk mit dem Bau von Spinnereien eingerichtet und auch modern aufgezogen, 600 Arbeiter wurden 1920 von der AW (Artilleriewerft) übernommen. In einigen Jahren war der Belegschaftsstand 3000. Nach dem Kriegsjahr 1925/26 war die Produktion wieder an (Vornehmlich russische Aufträge). Wenn auch infolge der Rationalisierung der alte Belegschaftsstand nicht mehr erreicht wurde, so hat er sich doch gegenüber dem 1925/26 Stand nahezu verdoppelt. Auch soll der Auftragsbestand in Spinnereimaschinen auch jetzt noch gut sein. Es entsteht nun die Frage: Was ist das angebliche Defizit gemacht worden? Man kann annehmen, daß das Bankkonsortium, welches die Sanierung Hartmanns übernommen hat, nicht recht über den Stand der Dinge unterrichtet ist, denn sonst würde man nicht den Umzug durchführen. Ein altes Sprichwort sagt: Zweimal umgesogen ist so gut wie einmal abgebaut; das dürfte auch für Hartmanns auftreten. Die Arbeiterschaft würde dieser Streit ja auch nicht so interessieren, wenn nicht durch diese Maßnahmen die Existenz von über 1000, vor allem der älteren, Arbeitern im Interesse des Profits einzelner aus das Spiel gekehrt würde.

Hartmann übernahm die Industrieanlagen mit modernen Maschinen und Werkzeugen. Zurückgelassen wird kaum etwas, was noch brauchbar ist. Das Ausräumen geschieht viel zu früh. Selbst die Arbeiter sind ihres Lebens dabei nicht sicher. Ein Schlosser verunglückte durch Umsturz einer Maschine und wurde dabei erheblich verletzt. Die Allgemeinheit und auch die amtlichen Stellen dürfte es interessieren, was mit ihren Gütern anfangen wird. Die Einrichtungen und Maschinen der ehemaligen AW wurden doch durch die Steuerzölzer der Arbeiter angelagert. Diese großartigen Industrieanlagen mit den grossen Montagehallen wurden einzeln an verschiedene Werke vergeben. Die Schmiede mit den modernen und neuzeitlichen Einrichtungen wird ganz abgebaut. Ein branchenfremder Industriezweig soll die Räume übernehmen. Da nicht genug Profit herausgepresst, liegen die Arbeiter auf die Straße. Die Arbeiterschaft kann an diesem Vorhang wieder einmal sehen, daß nur die Erwerbung der Macht und die Übernahme der Betriebe durch die Arbeiter die Basis zur Grundlage der Existenz der Arbeit macht.

Unterschlagung einer Abstimmung im Gewerkschaftskartell Löbau

Am 24. Januar fand im Restaurant Reichshof eine erweiterte Vorstandssitzung des Ortsausschusses Löbau statt. Im § 7 der Ortsabstimmung ist festgelegt, daß der Vorstand in der Generalversammlung, die alljährlich stattfindet, hat, zu wählen ist, und zwar der Vorsitzende, Stellvertreter, Kassierer und Schriftführer durch Stimmzettel. Des weiteren: diese Wahlen haben die neu- bzw. wiedergewählten Vertreter vorzunehmen. Da nun bei der Vorstandssitzung festgestellt wurde, daß 6 Gewerkschaften mit ungefähr 1200 Mitgliedern (3000 Mitglieder umfasst der Ortsausschuss Löbau) ihre Vertreter noch nicht gewählt hatten, macht Genosse Baldau darauf aufmerksam, die Wahlen auf Februar zu verschieben (Vorstandswahl zum Ortsausschuss), welches Kollege Adler (Textil) zum Antrag erhebt. Über diesen Antrag wurde abgestimmt und gegen 3 Stimmen angenommen. Trotz dieser Abstimmung wurde am 31. Januar die Generalsitzung im Restaurant Kern festgelegt. Zum 4. Punkt der Tagesordnung: Neuwahl des Vorstandes, erhebt Genosse Baldau Einspruch und weist auf die am 24. festgestellte Abstimmung hin. Zur Antwort erklärt Vorsitzender Schwarz (SMV), die Abstimmung hätte damals ergeben, daß nur 3 Stimmen für den Antrag Adler gewählt seien. Genosse Baldau stellt den Beitrag fest, aber trotz allem scheitert man der Wahl. Der 3. Vorsitzende geht wieder gewählt. Bei den Vorställen zum Stellvertretenden Vorsitzenden (Paulus, SPD, Baldau) geht ein Antrag vom Arbeitgebervertreter ein, die Wahl doch vorzunehmen, wie in der Volkszeitung Löbau hände, den alten Vorstand per Aufflammen zu wählen. Dieser Antrag wird während der Wahl behandelt und kommt zur Abstimmung; gegen 17 Stimmen wird er angenommen. Der Einspruch unserer Genossen gegen diese Methode wird nicht bestanden. Dafür sieht man mit einer wütigen Hebe gegen die Kommunisten ein. Nun, wir werden auch die Löbauer Arbeiter über die Vorgänge aufklären und weiterarbeiten, bis auch hier ein anderer Wind weht.

Achtung! Betriebsräte! Donnerstag den 9. Februar wichtige Volksversammlung der Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, 19.30 Uhr im Volkshaus, Funktionsraumwels und Betriebsrätekarte legitimieren. Alle oppositionellen Gewerkschaftsfunktionäre müssen sich daran beteiligen.

Vorstandsvorsteher Arbeitgeber: für Annen und Wilsdruff: Bruno Gehrke; für Löblos, Gewerkschaftliches, Sport und Freizeit: Richard Spengler; für den Infanteristen: Wilhelm Butters, jun., in Dresden.

Die Barrikade

Von Leonid Andreyew

Gequält durch die schlimme Unbestimmtheit des Tages, war ich angezogen auf dem Bett eingeschlafen, als mich meine Frau weckte. Eine Kerze zitterte in ihrer Hand, mitten in der Nacht erschien sie mir hell wie die Sonne. Hinunter der Kerze zitterte ein blaßes Kind und blieb unbeweglich und dunkel zittern, mit fremden Augen.

"Weckt du," sagte sie, "weckt du: in unserer Straße werden Barrikaden errichtet."

Es war still. Wir blickten uns in die fremden Augen, und ich fühlte, wie Blöße in mein Gesicht stieg. Das Leben schwand — und kam wieder mit lautem Klopfen meines Herzens.

"Fürchtet du dich?" fragte ich.

Das blaßes Kind zuckte, aber die Augen blieben unbeweglich und blickten mich, ohne zu blinzeln, an — und jetzt sah ich, was das für fremde, für schreckliche Augen waren. Seit zehn Jahren blickte ich in diese Augen und kannte sie besser als die meinigen — nun aber las ich in ihnen etwas Neues, etwas, was ich nicht wiedergeben kann. Stolz — hätte ich gesagt, aber nein — in ihnen lag etwas anderes, etwas Neues — ganz Neues. Ich nahm ihre Hand; sie war kalt und antwortete mit einem tröstlichen Händedruck, und auch in diesem lag etwas Neues, was ich noch nicht kannte. So habe sie noch nie meine Hand gedrückt.

"Schon lange?" fragte ich.

"Seit einer Stunde. Dein Bruder ist schon weg. Wahrscheinlich fürchtete er, daß du ihn nicht fortlassen würdest, und er schlich im geheimen fort. Aber ich habe ihn dennoch gelehnt."

"Also — es ist wahr: es ist da. Ich stand auf und wußte mich — ich weiß nicht warum — sehr lange — wie heute früh, als ich zur Arbeit ging, und meine Frau leuchtete mir. Dann löschten wir das Licht und traten ans Fenster. Es war Frühling, es war Mai — in das große Fenster strömte eine Luft, wie ich sie schon seit langem in dieser alten steinigen Stadt nicht gesehen habe. Seit mehreren Tagen standen die Fabriken und die Eisenbahnen still, und die von Kohlenrauschen freie Luft war von dem Geruch der blühenden Felder und vielleicht auch des Lauchs durchdrungen.

Meine Frau umarmte mich und sagte:

"Sie sind da, an der Ecke."

Wir lehnten uns aus dem Fenster und sahen da, in der durchdringlichen Tiefe, irgendeine Bewegung — keine Menschen, sondern eine Bewegung. Etwas wurde verschlagen, etwas aufgerichtet. Plötzlich pochte es unten: eine Art über ein Hammer. So hell, so froh, wie im Wald oder am Fluß, wenn ein Bett ausgebettet oder ein Damm errichtet wird. Und in Vorahnung einer frohen Arbeit umarmte ich meine Frau fröhlich.

Wir schwiegen lange, ohne einander anzusehen, doch immer an das gleiche denkend. Und als ich zu sprechen begann, schien es mir, daß jemand anderer aus mir sprach: ich fürchtete mich

nicht — seine Stimme aber war heiser, als wenn er vor Durst erstickte:

"Run ... ?"

"Und die Kinder?!"

"Die bleibst bei ihnen, die Mutter genügt. Ich kann nicht ziehen."

"Und ich soll es können?"

"Ich weiß, sie hat sich nicht von der Stelle gerührt, doch ich fühle es klar: sie geht weg von uns, sie ist schon weit, weit weg.

"Nur jede hundert Fahrt einmal haben die Menschen solch ein Fest — und du willst es mir rauben. Was habe ich denn verbrochen?" legte sie.

"Non kann dich töten. Und unsere Kinder gehen zugrunde."

"Das Leben wird sich ihrer erbarmen. Aber wenn auch sie zugrunde gehen ..."

Und das sprach meine Frau, das Weib, mit dem ich solle jahre früher lebte — gelebt habe! Noch gestern kannte sie nichts aus den Kindern, und war von Furcht für diese erfüllt; noch gestern verachtete sie die drohenden Merkmale der Zukunft zu erschaffen — was ist nun aus ihr geworden? Noch gestern — doch auch ich habe all das vergessen, was gestern war.

"Du willst mit mir gehen?"

"Sei nicht böse!" — Sie dachte, daß ich ihr böse sei. — "Sei nicht böse! — Heute, als Sie da unten zu bauen begonnen haben, begriff ich — habe auf einmal begriffen, daß der Mann, daß die Kinder, daß alles dieses nur so, nur solange da ist, bis ... Ich liebe dich, liebe ..." — sie band mein Hand und drückte sie mit dem neuen fremden Druck — aber du hörest doch, daß sie unten bauen?! Sie bauen — und mir ist es, als ob Mauern zusammenfügen, stürzen in nichts zusammen — und es wird mit unbedrängt frei, so weit, so frei! Jetzt ist es Nacht, und mit ist es, als ob die Sonne schient. Ich bin dreißig Jahre alt, ich bin schon alt — und mir scheint es, daß ich siebenzig Jahre alt bin und daß ich jemand mit meiner ersten Liebe lieb — mit einer riesigen grenzenlosen Liebe!"

"Auch ich habe vergessen, wie alt ich bin," sagte ich.

"Sie bauen — und es ist wie Blaufl, wie Gelb, von denen ich mein ganzes Leben lang geträumt habe. Früher habe ich nicht gewußt, wen ich mit solcher wahnwürtigen Liebe liebe, vor der man weinen, lachen und singen möchte. So groß ist es, so frei — raube mir nicht mein Glück, lass mich mit denen sterben, die da unten arbeiten, das Kommando führen und die zugrunde gegangene Vergangenheit aus den Gräbern erwecken!"

"Es wird Zeit!" sagte ich.

"Marie, ich gebe dir etwas zu essen. Du hast heute noch nichts gegessen. Und du siehst, wie verärgert ich bin: ich gehe erst morgen. Ich gebe die Kinder weg und werde dir folgen."

"Genossin," sagte ich.

"Zawohl, Genossin" ...

In die geöffneten Fenster flog die Luft der Felder, die Stille und von Zeit zu Zeit der Klang des Hammers, und ich sah am Tisch und hörte zu.

"Warum Ihr da denn nicht?" fragte sie.

"Sie lächelt: Brot — wie merkwürdig das ist." Sie blickte auf das Brot, auf das alte harte Stück Brot, und ihr Gesicht wurde traurig. Sie blickte es immer an, doch ihr Kopf drehte sich ein wenig, ganz wenig in der Richtung des Kindes, wo die Kinder schliefen.

A

Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Dresden u. Umg.

A

DR.-FRIEDRICHSTADT

Friedrichstädter
Manufaktur- und Wollwarenhaus
Richard Wermann, Weißeritzstr. 20
63001

Josef Müllers Restaurant
Gärtnerstraße 24 63005

MÖBEL-FABRIK RICHTER & MÜHLER

Ausstellungsgärtner
Weißeritzstr. 14 / Ecke Friedrichstr.
63005

H. Arweiler / Inh.: M. Rulert
Woll- u. Weißwarengeschäft
Schäferstraße 56 63000

Brandenburger Hof
Berliner Straße 20, Ecke Peterstraße
Karl Vogel — Ternitz 22070
63010

Zigarettenhaus Max Brante
Gärtnerstraße 49 63026

Apotheker Hans Steinbach
Schäferstraße, Ecke
Drogerie Neumarktstraße, Drogerie
63048

Textilwaren
Hedwig Orlitzky, Schäferstraße 47
63048

Konditorei und Bäckerei
Oskar Schulze, Vorwerkstraße 15
ff. Torten, Desserts und Kuchen
63050

Otto Lecker
Schreibwaren, Tabakwaren,
Zeitschriften / Fibelstraße 19
63060

DRESDEN-JOHANNISTADT

Heimtex Metzfeld, Pillnitzer Straße 23
Zitronen und Strümpfe
63062

Alle Sorten
Brennmaterial
Herrn M. Wolf & Otto
Hopfgartenstraße 19
63053

Roßschlächterei
Emil Schuster
Schank- und Speisewirtschaft
Johannes Schuster, Elbberg 10
63055

SANITÄTHAUS MAX THIERFELDER
Pillnitzer Straße 19
Größtes Lager hygienischer und sanitärer
Gummiverbrauch / Dauerwäsche „ZELIDA“
bei billigsten Preisen
63065

Tanzpalast Blumensäle
63062

J. UYS
Grüner Straße 21
Sollinger Bierhäusern
und Schieberl
Firma gehört zu Qualitätswaren
u. saubere lackierte Arbeit
63043

D. Rosenkranz
Dürerstraße 2
Herren-
Mätschneideri
63054

Neue
und gebrauchte
Möbel
preiswert bei
Peschel
Neue Gasse 13
63065

DRESDEN-STRIESSEN

Verkauf und Reparatur von Uhren
Gustav Loose, Markgräfler-Heinrich-Str. 13
63014

Curt Hähnel
Fleischwaren Markt-
Haus-Haus
Ecke Altstraße 4
63015

Otto Henze / Blattleiter 7
Schuhreparaturen solid u. preiswert
63017

Striesener Ratskeller
Altstraße 19
63018

Fahrräder / Reparaturen
Anfang 10.— RM. — Wochentags 3 — RM.
J. Kubis, Schandauer Straße 59
63019

Strompl-
Ecke **Hoffmann**
Strompl - Wollwaren - Trikotagen - Herren-
artikel am billigsten
63020

Fahrräder (Diamant, Mars, Triumph)
Gustav Schmid, Auguste-Burgasse 22
63003

TABAKWARENHANS FRANZ LEHMANN
Augsburger Str. 77, Ecke Thomannstr., Zweig-
geschäft: Wittenberger Str. 21
63007

DRESDEN-LAUBEGAST

Melchers Restaurant, Gute Einkaufsstelle für
alle Arbeiter, Albin Reusch, Fabrikstraße 1
63021

Uhren / Gold- und Silberwaren **GUSTAV SMY**

Moritzstraße 10 / Telefon 20326 63007

Tabakwaren - H. Füllé Moritzstr. 15
Ecke Schieb.
63008

Treff aller KPD- und RPD-Genossen
im Restaurant „Zum Hasen“
Fischhofplatz 1 63003

Dresdner Fischhallen
Webergasse 17
Ecke Quergasse, vom Altmarkt aus Höhe Seite
63042

Dr. Johs. Haas & Co.
Jüdenhof 3
Splitterosen aller Art / Spezial-Kräuterhüller
63044

Deberlohen, Deberabfälle kaufen matt
billig bei **G. Uhlig Nachf.**,
Weiße Gasse 5, Ecke Große Fraunhoferstr.
63047

Am Süle!
Auch Sie können sich
aus Ihrem Stoff nach
genauem Maß
einen Anzug oder
Mantel, einschl.
Zutaten, für
99,- 29.— an-
teigten lassen,
da ich für guten
Sieg nach neuem
Mobellen ga-
rantiere.

Rich. Wölfert, Dresden-21.
Gruner Straße 21, II. 63447

Fleßbäckerei von Rich. Däbitz
Kesselsdorfer Straße 33 63066

Drogerie z. weißen Kreuz
Alfred Sackenbäder
Kesselsdorfer Straße 24 Telefon 16642 62007

Curt Bägern, Kesselsdorfer Straße 10
emalibili
Goldwaren, Uhren, Bestecke
63008

Hausschänker und Lebensmittel
von Marie Teich, Reisewitzer Straße 2
63009

J. Dieffenbächer, Reisewitzer Straße 7
Eisenwaren, Werkzeuge, Ofen
und Herde, Küchengeräte
63010

Max Scheibe
Lithauer Str. 2 Kroppenstraße 31
Kartollein, Fullermittel
Telefon 17821 63011

Hermann Kunzsch
Biergroßhandlung und
Mineralwasserfabrik
Siegenstraße 19, Telefon 19000 63168

Restaurant zum Sängerkheim
Hans Seumert
Wernerstraße 38 — Tel. 12820
63040

DRESDEN-PIESCHEN

Walter Kröber, Kärrnchenstr., Leipziger Str.
63017. Fleisch- und Wurstwaren, Hühn., Milz., Herrenart.
63014

Paul Härtel, Oschatzer Str. 25
Lederhandlung
Schuhmacherbedarfartikel
63018

Holz, Kohlen, Briketts
Hermann Schubert, Alt-Pieschen 4
63018

Hausch. Fleisch- und Wurstwaren
Paul Colles
Eckersmeister
Lüttgenstr. 44 63016

Akkumulatoren
Luscher
Oschatzer Straße 17 63017

DRESDEN-N.

Konzert- und Balthaus
„Zum Reichsbanner“
früher deutsche Reichskrone) Bachstraße 9
63021

Köpenicker Hof, Hans-Sachs-Straße 23
Verkehrslokal der engagierten Arbeiter
63024

Fahrräder
Teilezuhaltung
Arthur Menzel jun., Hechtstr. 38
63023

Papier- und Spielwaren
Kurt Wünschmann, Hechtstraße 35
63022

DRESDEN ALTSTADT

Residenz-Büffet u. Konditorei Sachs & Co., Seestraße 7

Röhlingsgasse 24, Ecke Lillengasse / Für Erwerbs-
Alltag- und Invaliden-Rentner Haarschneiden 40 Pf.
63009

Gustav Stürmer, Friseur, Alten- und Invaliden-Rentner Haarschneiden 40 Pf.
63009

Dresdner Keks- u. Waffelfabrik
Bruno Johnn, Dresden-Dobritz

empfiehlt ihre Qualitätswaren!
63001

MÖBEL-HESSE Rosenstraße 45
Vollzahlung — Eigene Werkstätten 63009

Emil Richter, Kl. Plauensche Str. 6
Lebensmittelhans 63041

Kreditbank Freudentals
(früher Ittmann)
Pirnaische Straße 2, I.

Möbel Konfektion
ver Bequeme Bedingungen 63014

Ros Petasch Rosstraße 75
Rauchwaren 63019

RADIO-PANIÉR Maxstraße 6
Pillnitzer Str. 36 63018

Zigarettenhaus Ottmar Hentschel
Zigaretten / Zigaretten
Fabrik / Palstr. 11 63401

Kaffee Karlsbad Materialstraße
Ecke Rosenstraße
Gremi, Außenhans 63336

DRESDEN-LOBTAU

Der gute Trunk Reisewitzer Bier!

Tabakpfeifen
Zigaretten-Schnädel, Kesselsdorfer Straße 17
63071

ZIGARREN-HEWNE Kesselsdorfer Straße, Ecke Kronprinzenstraße
63072

Lebensmittel Bruno Kreiszschmar, Kesselsdorfer Straße 35
63073

Möbelhaus Richard Schmiede eröffnete große Ausstellung im Möbelhans 63171
Haushaltsgeschäft Bünausstraße 46
Gitterlose Kesselsdorfer Straße 25
63074

Restaur. „Zur Deutschen Eiche“
Inh. E. Kötter, Tharandter Straße 46
Verkehrslokal der Arbeiterschaft von Löbtau
63174

Schokoladen-Spezialgeschäft Anna Lindemann
Kesselsdorfer Straße 44 63075

Bierhandlung, Mineralwasserfabrik Helden u. Fahsel
Bünausstraße 48 Telefon 17456 63076

Holz- und Kohlenhandlung Franz Lampik, Bünausstraße 50
Tef. 10496 63078

Zigaretten- und Zigarettenhaus MAX GLÖCKNER
Kesselsdorfer Straße 40 und 47 63172

Möbellager, Lederverwaren Gr. Paul, Kesselsdorfer Straße 75
Garderobe und Dolliere 63171

**Ernst Brätz, Reisewitzer Str. u. Friedens-
kirche / Kanz., Woll- und Schnittwaren** 63078

Restaurant Gustav Schröter Kronsprinzenstraße, Hess. Hermannstraße 63208

DRESDEN-COTTA

Schusterhaus Tanz-Palast Sonntag öffentlicher Tanz
empfiehlt sich allen Vereinen bei
guter Besetzung kostenlos 63140

Friseur Kahn Cossebauder Straße 44 / Spezial-Haarschnitt 63142

Marie Fleck, Wartauer Straße 1 Schokoladen, Pralinen erster Firmen 63143

Uhren, Goldwaren, Optik Vikt. Meintz, Wartauer Straße 3 63140

MICKTEN TRACHAU

Stundkunst / Elegie und Kraft Erdgäger Str. 255

Ausführung östlicher Blumen Ostjiddische Deckierung 63460